

Rundbrief 2-2022

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen und andere Aktivitäten

- 4 Geschäftsstelle
- 5 Junge DGO
- 7 Zweigstellen
- 8 Datenbank „Gefangene in Russland“

Publikationen

- 10 Zeitschrift OSTEUROPA
- 14 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 16 Länder-Analysen

Mitglieder

- 20 Veröffentlichungen
- 21 Personalien
- 22 Fachgruppen
- 24 Junge DGO
- 26 Bericht: Schreibworkshop zum Publizieren in wissenschaftlichen Journals

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 28 Offener Brief anlässlich der Mittelkürzungen beim DAAD, der Humboldt-Stiftung und dem Goethe-Institut

Veranstaltungsberichte

- 30 ceecon – DGO-Congress of Central and East European Studies
- 34 Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft und die neue europäische Ordnung
- 37 Gemeinsam für die Zukunft? Tschechien ein Jahr nach den Wahlen und inmitten der EU-Ratspräsidentschaft – eine Bilanz
- 40 Ein Jahr nach der Machtübernahme der Taliban: Tektonischer Wandel in Zentralasien?
- 43 Veranstaltungsreihe: Aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Russland und Belarus

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

der russische Krieg gegen die Ukraine dauert an. Und er beeinflusst die Entwicklungen im gesamten Europa. Die Auswirkungen des Kriegs waren Thema vieler Veranstaltungen und Publikationen der DGO in den vergangenen Monaten. Anlässlich der Frankfurter Buchmesse veröffentlichte die Zeitschrift OSTEUROPA ein Themenheft zur ukrainischen *Kultur in Zeiten des Krieges*. Ein weiteres Heft über die deutsch-polnische *Konfliktgemeinschaft* beleuchtet die Krise der deutsch-polnischen Beziehungen auch vor dem Hintergrund des Kriegs gegen die Ukraine. Die neuesten Ausgaben der Zeitschrift OSTEUROPA-RECHT beschäftigen sich unter anderem mit den völkerrechtlichen Fragen des russischen Angriffskriegs. Und die Länder-Analysen, die die DGO gemeinsam mit Kooperationspartnern herausgibt, geben Einblick in vielfältige militärische, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen des Krieges auf das östliche Europa.

Im Oktober 2022 richtete die DGO gemeinsam mit den Fachgruppensprecher*innen und der Freien Universität Berlin den ersten *Congress of Central and East European Studies* (ceecon) aus. Wissenschaftler*innen aus mehr als 15 Ländern nahmen an dem zweitägigen Kongress teil. Auch hier waren die Themen und Diskussionen stark vom Krieg und den Auswirkungen auf die Forschung zum östlichen Europa geprägt. Im Herbst und Winter veranstaltete die DGO außerdem eine fünfteilige Veranstaltungsreihe zu den *politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Russland und Belarus im Kontext des Krieges*. Dabei kamen viele



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

gefährdete Wissenschaftler*innen aus den betroffenen Ländern zu Wort. Aber auch Ostmitteleuropa und Zentralasien rückten in der zweiten Jahreshälfte in den Fokus. Vor dem Hintergrund der *Machtübernahme der Taliban in Afghanistan* und Russlands Krieg gegen die Ukraine ging es bei einer Podiumsdiskussion in Berlin um die neuen Kräfteverhältnisse in Zentralasien. Und die Bewertung der tschechischen Ratspräsidentschaft im Kontext der neuen europäischen Ordnung war Thema einer Veranstaltung in der deutschen Botschaft in Prag. Über die weiteren Aktivitäten der Geschäftsstelle, der DGO-Zweigstellen und der Jungen DGO informieren wir Sie auf den folgenden Seiten.

Die DGO beschäftigt sich weiter intensiv mit dem Schicksal politischer Gefangener im östlichen Europa. Zusätzlich zur Dokumentation der politischen Gefangenen in Belarus informiert die neue Website *Gefangen in Russland* über das Schicksal der mehr als 100 politischen Häftlinge in russischen Gefängnissen. Die Website wurde am 10. Dezember anlässlich des Tags der Menschenrechte freigeschaltet. Den Link zur Website finden Sie ebenfalls in diesem Rundbrief.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Gabriele Freitag". The signature is written in a cursive, flowing style.





Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
28. September, Berlin, hybrid	Podiumsdiskussion Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der russischen Klimapolitik	
6.–7. Oktober, Berlin	Kongress ceecon – DGO-Congress of Central and East European Studies	FU Berlin (Osteuropa-Institut)
7. November, Prag	Podiumsdiskussion Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft und die neue europäische Ordnung https://www.youtube.com/watch?v=uDY0dHcqog8	Europe Calling e. V., Institut für Internationale Studien (IMS) Karls-Universität Prag, Deutsche Botschaft Prag
10. November, Weiden	Podiumsdiskussion Gemeinsam für die Zukunft? Tschechien ein Jahr nach den Wahlen und inmitten der EU-Ratspräsidentschaft – eine Bilanz	Petra-Kelly-Stiftung, Adalbert Stifter Verein, Volkshochschule Weiden-Neustadt
22. November, Berlin	Podiumsdiskussion Ein Jahr nach der Machtübernahme der Taliban: Tektonischer Wandel in Zentralasien?	ZOiS
	Veranstaltungsreihe AKTUELLE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN IN RUSSLAND UND BELARUS	Science at Risk Emergency Office
20. Oktober, online	Online-Diskussion Innenpolitische und gesellschaftliche Entwicklungen in Russland	
3. November, online	Online-Diskussion Belarus: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Schwebe	
17. November, online	Online-Diskussion Sozialwissenschaften unter autoritären Bedingungen – Russland im Fokus	
29. November, online	Online-Diskussion Russische und belarusische Außenpolitik im Lichte des Krieges gegen die Ukraine	
19. Januar 2023, online	Online-Diskussion Russland und Belarus. Volkswirtschaften unter Druck	



Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
	Veranstaltungsreihe FORUM FÜR HISTORISCHE BELARUS-FORSCHUNG	Forum für historische Belarus-Forschung
11.–12. November, Berlin	Tagung Im Schatten der Sowjetunion. Belarus im 20. Jahrhundert	
24. November, online	Online-Diskussion Lessons (Un)Learned? The Legacy of Soviet Dissent and Cultural Resistance in Post-Soviet Belarus	Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung
8. Dezember, online	Online-Diskussion Unabhängige Verlage und Geschichtswissenschaft in Belarus nach den Protesten 2020	

Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
23. September, Berlin	Kick Off-Veranstaltung Mentoringprogramm der DGO	Camilla Lopez (Bremen) Leopold von Tippelskirch (München)
1. Oktober, Berlin	Podiumsdiskussion LGBTIQ*activism in (il)liberal and transforming states	Luca Dudits (Ungarn) Hanna Ivanishena (Ukraine) Małgorzata Mróz (Polen)
21. Oktober, Mainz	Workshop Zukunft Osteuropa V	Tom-Aaron Aschke (Berlin) Ariana Kravchuk (Dresden)

Regionalgruppen der Jungen DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bamberg / Erlangen		
5. Juli, Erlangen	Podiumsdiskussion Russische Aktivist*innen in Deutschland	Polina Apel Denis Shedov
17. November, Bamberg	Podiumsdiskussion „Watching the war“ – was passiert hier eigentlich? Diskussion mit Tim Kipphan	Tim Kipphan (Bamberg)
Berlin / Brandenburg		
26. August, Berlin	Podiumsdiskussion Feminist Solidarity Day with Ukraine	Karine Ardault (Wien) Daria Rosokhata (Odessa)

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bremen		
8. November, Bremen	Gespräch Ostpie #1: Offene Wunden. Gespräch mit der Historikerin Franziska Davies	Franziska Davies (München)
	https://www.youtube.com/watch?v=Mk3bDjRQ0F0	
5. Oktober 2022 – 8. Januar 2023, Dresden	Fotoausstellung Chernobyl Memory Tour	In Kooperation mit der Regional- gruppe Leipzig
Leipzig		
29. November, Leipzig	Gespräch Der russische Krieg gegen die Ukraine und die deutsche Öffentlichkeit. Gespräch mit Nataliya Pryhornytska und Sebastian Hoppe	Sebastian Hoppe (Berlin) Nataliya Pryhornytska (Berlin)
München		
28. Oktober, München	Lesung „was bleibt dem dichter als der welt lautlos namen zuzuflüstern“. Lesung und Diskussion mit Dmitri Strozew	Dmitri Strozew (Minsk/Stockholm)
29. November, München	Podiumsdiskussion Natürliche Grenzen? Periphere Landschaften des östlichen Europas in Diskurs, Wirtschaft und Gesellschaft	Laura Kuen (Prag) Pavla Šimková (München)

Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bonn / Köln		
23. November, Köln, hybrid	Podiumsdiskussion Staat ohne Bürger? Russland am Rande des Totalitarismus	Angelika Nußberger (Köln) Ekaterina Schulmann (Berlin)
Bremen		
13. Dezember, Bremen	Vortrag The History of Ukraine in a Current Perspective	Nataliya Kibita (Glasgow)
Dresden		
11. September, Dresden	Gesprächsrunde Die Sicht Estlands auf den russischen Angriffskrieg und die Konsequenzen	Botschafter der Republik Estland in der Bundesrepublik Deutschland Herr Alar Streimann (Berlin)
15. Dezember, Dresden	Vortrag Deutschland und das östliche Europa. Eine Beziehungsgeschichte am Beispiel der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde	Gabriele Freitag (Berlin)
Gießen / Marburg		
27. Oktober, Gießen	Lesung und Gespräch Heldenstadt Minsk Artur Klinau im Gespräch mit Prof. Thomas Bohn	Thomas Bohn (Gießen) Gleb Kazakov (Gießen) Roman Kurtz (Gießen) Artur Klinau (Minsk)
1. November, Gießen	Vortrag „Russkii mir“ and Russian War	Pavel Tereshkovich (Gießen)
15. November, Gießen	Filmpräsentation und Gespräch Filmvorführung „Courage“	Aliaksei Paluyan (Kassel)
Hamburg		
2. November, Hamburg, hybrid	Filmpräsentation und Gespräch On Art and Resistance in Ukraine The Earth Is Blue as an Orange, Ukraine 2020	Iryna Tsilyk (Kyiv)
15. Dezember, Hamburg, hybrid	Vortrag und Gespräch On Art and Resistance in Ukraine Revolution at War: Art and Politics in Ukraine	Vasyl Cherepanyn (Kyiv)
München		
21. Dezember, München	Filmpräsentation und Vortrag Eldorádó: Filmemachen in der Abendröte des Sozialismus in Ungarn. Film, Vortrag und Diskussion mit Géza Bereményi	Géza Bereményi (Budapest)

Datenbank „Gefangene in Russland“



Nicht erst seit dem Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine sitzen in Russland zahlreiche Menschen in Haft, weil sie sich friedlich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben. Schon seit Jahren verfolgt das herrschende autoritäre Regime Menschen, die für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, gegen Korruption, Umweltzerstörung oder Homophobie eintreten.

Um diese Menschen zu unterstützen, hat die DGO gemeinsam mit dem Menschenrechtszentrum Memorial und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die Datenbank „Gefangen in Russland“ ins Leben gerufen. Mit ihr soll das Schicksal der Inhaftierten dokumentiert werden. Mehr als hundert Fälle wurden bereits in die Datenbank aufgenommen.

Diese Menschen brauchen Unterstützung. Mit der Datenbank „Gefangen in Russland“ bekundet die DGO ihre Solidarität mit den Inhaftierten und macht auf ihr Schicksal aufmerksam.

<https://gefangen-in-russland.de/>



Bereits 2020 hat die DGO gemeinsam mit der EKD und der belarusischen Menschenrechtsorganisation Viasna („Frühling“) die Datenbank „100x Solidarität mit Belarus“ gestartet, die auf das Schicksal politischer Gefangener in Belarus aufmerksam macht, die nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 inhaftiert wurden. Auf <https://100solidaritaet.de/> unterstützen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die Aktion. Jede*r hat dort zudem die Möglichkeit, mit einem Brief an eine inhaftierte Person selbst Solidarität auszudrücken.



JUNGE DGO



Nachwuchswissenschaftler*innen bei ceecon

Publikationen

OSTEUROPA



Literatur, Musik, bildende Künste und Film: Quellen, aus der die ukrainische Gesellschaft ihren Selbstbehauptungswillen und Widerstandsgeist im Kampf gegen den Aggressor Russland und dessen Kriegsverbrechen schöpft.

480 Seiten Aufklärung über eine Nation, die in Deutschland jahrzehntelang ignoriert, vergessen, verdrängt oder als vermeintlicher Bestandteil Russlands übersehen, missverstanden und fehlinterpretiert wurde.

Der Band umfasst 336 Seiten, 67 Abbildungen und 2 Karten. DGO-Mitglieder können ihn für 20,00 € (statt 28,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

EDITORIAL

Quell des Widerstands

Ulrich Schmid

Kleine Geschichte einer großen Literatur

Grundrisse des literarischen Prozesses in der Ukraine

Annette Werberger

Polyglottes Erbe
Mehrsprachigkeit in Geschichte und Literatur der Ukraine

Claudia Dathe

„Die Schweigesprache der Wut“
Ukrainische Dichtung im Krieg

NATION UND STAAT

Andreas Kappeler

Raus aus dem Abseits
Die Ukraine als Subjekt der Geschichte

Andrii Portnov, Tetiana Portnova

Ukrainische Geschichte
Interpretations- und Erklärungsansätze

Das Valuev-Zirkular (1863)

Dokumentation

Ricarda Vulpius

Konkurrenz, Konflikt, Repression
Russland und die ukrainische Nationalbildung

Sergej Lebedev

Wenn die Gräber sprechen
Sandarmoch – Gedenkort kolonialer Gewalt

Anna Veronika Wendland

Zaporižžja als Symbol
Russland attackiert die ukrainische Sowjetmoderne

Mateusz Fałkowski

Wider den großrussischen Imperialismus
Die Aktualität der Erklärung zur Ukraine (1977)

Erklärung zur Ukraine (1977)

Dokumentation

Sabine Adler

Ukraine-Ignoranz
Ein Lehrstück aus der deutschen Politik

KRIEG UND BESATZUNG

Gwendolyn Sasse

Russlands Krieg gegen die Ukraine
Faktoren, Ursachen, Dynamik

Tatiana Zhurzhenko

Terror, Kollaboration und Widerstand
Russlands Herrschaft in den neu besetzten Gebieten der Ukraine

Bert Hoppe

Angriff auf das historische Erbe
Russland attackiert ukrainische Archive

Svitlana Kravčenko

Angriff auf das kulturelle Erbe
Ukrainische Bibliotheken in Russlands Krieg

WORT UND BUCH

Claudia Dathe

Der Freiheit auf der Spur
Sofia Yablonska (1907–1971)

Alexander Kratochvil

Romantik der Revolution, Realität der Repression
Mykola Chvyli'ovyj (1893–1933)

Oksana Paško

Krim, Karpaten, Capri
Mychajlo Kocjubyns'kyj
(1864–1913)

Andrii Portnov

Der Wanderphilosoph
Hryhorij Skovoroda (1722–1794)

Annette Werberger

Große kleine Literatur
Dovid Bergelson (1884–1952)

* * *

Volodymyr Kulyk

Die Sprache des Widerstands
Der Krieg und der Aufschwung des
Ukrainischen

Jurij Marčenko, Oksandra Koval'

Allen Widrigkeiten zum Trotz
Der ukrainische Buchmarkt
1991–2022

Valentyna Vzdul's'ka

Laboratorium des Wandels
Das ukrainische Kinder- und
Jugendbuch

BÜCHERMACHEN IM KRIEG**Oksana Chmel'kova's'ka**

„Wir spucken russische Literatur mit
Blut aus“
Das Literatur- und Buchportal
Čytomo

Viktor Kruhlov

„Der Markt ist so gut wie tot“
Einblicke eines Charkiver Verlegers

Marjana Savka

„Eine Gesellschaft braucht lesende
Bürger“
Buch und Politik in Zeiten des
Krieges

Julija Orlova

„Wir müssen die Leute zum Lesen
bewegen“
Büchermachen im Krieg

Pavlo Šved

„Es geht um Entkolonialisierung“
Sprache und Buch in Zeiten des
Krieges

Ola Hnatiuk

Die neue Nähe und ihre Wurzeln
Polen und die Ukraine in Literatur
und Gesellschaft

Oksana Chmel'ova's'ka

Vom Hässlichen zum Wütenden
Ukrainisches Buchdesign aus drei
Jahrzehnten

Tamara Hundorova

Heterotopie und eigenes Territorium
Der Donbass im Werk Serhij
Zhadans

BILD UND TON**Ada Raev**

Im Fokus
Die künstlerische Kultur der Ukraine

Julija Nikolaevs'ka

Musik des Widerstands und der
Hoffnung
Ukrainische Kompositionen im
20. und 21. Jahrhundert

Ivan Kozlenko

Film und Filmindustrie in der Ukraine
30 Jahre Dekolonisierung: eine
Bilanz

Barbara Wurm

Leben – Kino – Leben
Das ukrainische Kino im Krieg
(2014–2022)

Sergii Cane

Der Klang des Widerstands
Pop, Rock, Rap & Hiphop aus der
Ukraine

Darija Bad'jor

Angriff auf das kulturelle Erbe
Ukrainische Museen und Gedenk-
stätten im Krieg

Elena Korowin

Kunst gegen den Krieg
Digitale und urbane Protestwelten

*Im Zusammenhang mit dem Heft
haben der Autor Sergii Cane und
die Redaktion jeweils eine Playlist
erstellt:*

Sergii Cane: <https://open.spotify.com/playlist/2svW1JZY-SAMyB9WYdcEVoz?si=9afcce-a0062040c2&nd=1&fbclid=IwAR0cy-CIBTZv8p33jEpZ3QYn-bnRQuqyb-gAHBZln-03P14zLYJ2wLFXD6JF8>



Redaktion: <https://open.spotify.com/playlist/7CQI5gWVIBTTnCBIZ-sr81f?si=qlQIOvnfS7a5QtlfoTYSA-&nd=1&fbclid=IwAR3bmCUshvO-bif-GqU9wLeCtnzleO67k4KNEwt-bRaey2tymdHzvldvMSSgI>



Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030 / 30 10 45 -81 /-82.



Polen und Deutschland stecken in einer tiefen Krise. Sie ist von Vertrauensverlust, Entfremdung und Frust geprägt. Grund genug für eine Beziehungsanalyse: Osteuropa legt im neuen Band „Ächtungserfolg“ die Wurzeln der konfrontativen Deutschland-Politik der polnischen Rechten und ihrer tiefen Ressentiments offen und diskutiert die Reparationsfrage im Hinblick auf Recht, Moral und historische Traumata. Felix Ackermann präsentiert einen grundlegenden Befund: Die Idee der Versöhnung zwischen den beiden Nationen funktioniert nicht mehr. Und der deutsch-polnische Dialog ist von ritualisierten Monologen in Echokammern abgelöst worden. Stoff für Debatten und einen Neuanfang. Abgerundet wird der Band durch Studien über die russische und die ukrainische Kriegsführung, Hintergründe des Grenzkriegs zwischen Kirgistan und Tadschikistan sowie ein Interview über die autoritäre Entwicklung in Georgien.

Der Band umfasst 272 Seiten, 68 Abbildungen und zwei Karten. DGO-Mitglieder können ihn für 18,00 € (statt 24,00 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt**EDITORIAL**

Der Krieg in der Ukraine und die deutsch-polnische Krise

Felix Ackermann

Nach der Versöhnung
Polen und Deutsche: eine Beziehungsdiagnose

Kai-Olaf Lang

Frust und Entfremdung
Warschauer konfrontative Deutschlandpolitik

Stefan Garsztecki

Polen, Deutschland und die Reparationen
Der lange Schatten des Zweiten Weltkrieges

Jochen Böhler

Traumata hier, Verdrängung dort
Überfall und Besatzung in Polen 1939–1945

Reinhold Vetter

Politische Paranoia
Die antideutsche Propaganda der polnischen Rechten

Arkadiusz Łuba

Toxische Zustände, nicht nur an der Oder
Deutsch-polnische Beziehungen in der Karikatur

KRIEG UND KONFLIKT**Roland Götz**

Operation „Z“
Russlands verlorener Krieg

Nikolay Mitrokhin

Acht Jahre und neun Monate Krieg
Kriegsvorbereitung und Kriegsführung der Ukraine

Marlène Laruelle

Frontphilosophie
Ideologien für Russlands Krieg

Zaal Andronikashvili

Georgischer Alptraum
Über die autoritäre Entwicklung in Tbilissi

Otto Luchterhandt

Der Grenzkrieg Kyrgyzstan-Tadschikistan

Historische Ursachen und aktuelle Gründe

Erklärung der Teilmobilmachung

Rede von Vladimir Putin, 21.9.2022

Dokumentation

Annexionsrede

Vladimir Putin, 30.9.2022

Dokumentation

Rede vor dem Valdaj-Club

Vladimir Putin, 27.10.2022

Dokumentation

Franziska Davies

Desinformationsexpertin
Russland, die Ukraine und Frau Krone-Schmalz



DGO

ne Gesellschaft
apakunde e.V.

v.l.n.r.: Michael Rochlitz, Tomila Lankina, Martin Schulze Wessel

OSTEUROPA-Recht



Heft 2/2022 der OSTEUROPA-Recht spannt den Bogen von völkerrechtlichen Fragen des russischen Angriffskriegs über privatrechtliche Entwicklungen in Polen bis zu Rechtsetzungskompetenzen des slowakischen Verfassungsgerichts im Zusammenhang mit der Covid-Bekämpfung. Witold Borysiak analysiert dabei den Begriff der Rechtswidrigkeit im Bereich des Deliktrechts und Weronika Herbet-Komeda befasst sich mit den Voraussetzungen für die Wirksamkeit der Vertragsstrafe im polnischen Recht. Ein weiterer Beitrag nimmt die Delegation von Rechtsetzungskompetenzen im Bereich der Covid-Bekämpfung am Beispiel der jüngsten Entscheidungen des slowakischen Verfassungsgerichts in den Blick. Der Beitrag von Roman Kwiecień diskutiert zudem die völkerrechtlichen Fragen des russischen Angriffskrieges und die Möglichkeiten einer rechtlichen Bewältigung der Kriegsfolgen.

Inhalt

EDITORIAL
Fryderyk Zoll

Roman Kwiecień
Aggression and Responsibility Under International Law – A Case of the Aggression of the Russian Federation Against Ukraine

Witold Borysiak
The Concept of Wrongfulness in the Tort Law – An Analysis of the Polish Jurisprudence

Martina Gajdošová
'Coronavirus-Delegated' Law-Making and the Official Publication Instruments – A Review of the Latest Decision of the Slovakian Constitutional Court

Weronika Herbet-Homenda
The Amount Specificity Requirement of Contractual Penalties – A Commentary on the Judgment of the Polish Supreme Court of May 20, 2021 (IV CSKP 58/21)

Katarzyna Wiśniewska
Poland: The Right To a Clean Environment as a Personal Interest – Seeking Distinction Between the Personal Interests and the Common Good

OSTEUROPA-Recht



Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine lässt gegenwärtig in der medialen Wahrnehmung viele Rechtsentwicklungen in den Ländern Ost- und Osteuropas in den Hintergrund treten. Der Krieg führt freilich auch dazu, dass mindestens in Russland, aber auch in Belarus sich das Rechtssystem immer mehr in ein autoritäres, partiell sogar ein totalitäres verwandelt. Ein wichtiger Brennpunkt ist, wieweit sich Bürger*innen noch aktiv-partizipatorisch in das politische Geschehen einbringen können. Vor diesem Hintergrund behandelt das Heft 3/22 der OSTEUROPA-Recht das Schwerpunktthema „Die Versammlungsfreiheit in Osteuropa“. Otto Luchterhandt (Hamburg/Lüneburg) analysiert die Problematik für Belarus, Pavel Usvatov (Bukarest) für Russland, Piotr Czarny (Krakau) für Polen, Inga Zelena (Graz) und Svitlana Andreichenko (Odesa) für die Ukraine.

Inhalt

EDITORIAL

Bernd Wieser

Otto Luchterhandt

Das Versammlungsrecht der Republik Belarus

Pavel Usvatov

Versammlungsfreiheit in Russland: Was übrigbleibt

Piotr Czarny

Versammlungsfreiheit in Polen – rechtliche Grundlagen und Praxis

Inga Zelena, Svitlana Andreichenko

Das Recht auf friedliche Versammlungsfreiheit in der Ukraine – Probleme der rechtlichen (Nicht-)regelung

Yury B. Fogelson

Der Mythos des Rechtsnihilismus und die Möglichkeit einer rechtsstaatlichen Ordnung in Russland

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag:

abo@nomos.de.

Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.



Belarus-Analysen

Nr. 59 (22.03.2022)

[Der Krieg in der Ukraine: Belarusische Dimension](#)

Nr. 60 (27.05.2022)

[Krieg in der Ukraine: Soziologie und Medien in Belarus](#)

Nr. 61 (26.07.2022)

[Politische Emigration und Diaspora](#)

Nr. 62 (03.11.2022)

[Die Bildung eines gemeinsamen belarusisch-russischen Truppenverbands](#)

Nr. 63 (18.11.2022)

[Belarus und der Westen](#)

Polen-Analysen

Nr. 286 (25.01.2022)

[Polnische Positionen gegenüber der Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze](#)

Nr. 287 (01.02.2022)

[Polen und die Militarisierung der Oblast Kaliningrad](#)

Nr. 288 (15.02.2022)

[Die Posexit-Debatte](#)

Nr. 289 (01.03.2022)

[Die Lage der politischen Opposition in Polen
Parteipräferenzen und Politikerrankings](#)

Nr. 290 (15.03.2022)

[Polen und der Krieg in der Ukraine](#)

Nr. 291 (05.04.2022)

[Die Krise der katholischen Kirche](#)

Nr. 292 (11.05.2022)

[Polen und der Krieg in der Ukraine](#)

Nr. 293 (18.05.2022)

[Verteidigung und Sicherheit](#)

Nr. 294 (8.06.2022)

[Polen als Exilland der belarussischen Opposition](#)

Nr. 295 (22.06.2022)

[Deutsch-polnische Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Berlin](#)

Nr. 296 (06.07.2022)

[Politische Rhetorik in der Öffentlichkeit](#)

Nr. 297 (06.09.2022)

[Neue wissenschaftliche Institutionen unter PiS Regierung](#)

Nr. 298 (20.09.2022)

[Der Landesaufbau-Plan Konflikt und Kontext](#)

Nr. 299 (30.09.2022)

[Offener Brief von Eugeniusz Smolar an Bundesaußenministerin Annalena Baerbock über die Zukunft Europas](#)

Nr. 300 (18.10.2022)

[Über den Zustand der Gewässer und die Versäumnisse der Wasserwirtschaft in Polen](#)

Nr. 301 (01.11.2022)
Ukrainische Geflüchtete in Polen

Nr. 302 (15.11.2022)
Vorbereitung auf die Wahlen 2023/24

Nr. 303 (06.12.2022)
Energiekrise in Polen

Nr. 304 (17.01.2023)
Wohnraum und Wohnungspolitik in Polen

Russland-Analysen

Nr. 412 (28.01.2022)
Wirtschaftsbeziehungen im Fernen Osten

Nr. 413 (15.02.2022)
Politische Rhetorik des Präsidenten und der Staatsduma

Nr. 414 (22.02.2022)
Aufmarsch an der Grenze der Ukraine

Nr. 415 (08.03.2022)
Kosaken
Ukraine-Krieg als Produkt des politischen Systems

Nr. 416 (08.03.2022)
Dossier: Krieg in der Ukraine

Nr. 417 (21.03.2022)
Sicherheitspolitik

Nr. 418 (19.04.2022)
Steuerung der öffentlichen Meinung
Sanktionen

Nr. 419 (06.05.2022)
Deutschland und der Krieg
(zusammen mit Ukraine-Analysen)

Nr. 420 (19.05.2022)
Emigration, Exil, Flucht

Nr. 421 (24.06.2022)
Regimedynamiken

Nr. 422 (15.07.2022)
Wissenschaftsfreiheit

Nr. 423 (26.09.2022)
Lebensmittelhandel

Nr. 424 (28.10.2022)
Die Linke in Russland
Rückzug der Gesellschaft

Nr. 425 (14.11.2022)
IT Industrie

Nr. 426 (05.12.2022)
Sanktionen

Nr. 427 (08.12.2022)
Memorial
Filtration
Verhandlungen

Nr. 428 (12.12.2022)
Russland-China

Nr. 429 (21.12.2022)
Demographie

Ukraine-Analysen

Nr. 259 (10.01.2022)
Erfolg durch Betriebsgröße und Marktkonzentration?
Agrarstrukturentwicklung in der Ukraine

Nr. 260 (03.02.2022)
Einstellungen junger Ukrainer:innen zur sowjetischen
Vergangenheit
Öffentliche Meinungen zur Sowjetunion in der
Dekommunisierungspolitik

Nr. 261 (14.02.2022)
Bewaffneter Konflikt in der Ostukraine
Lage in den nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten

Nr. 262 (22.02.2022)
Russlands aggressive Ukraine-Politik
Deutschland im Russland-Ukraine Konflikt
Konfliktlösung in der Sackgasse

Nr. 263 (14.03.2022)
Russlands Angriff auf die Ukraine
Kosaken

Nr. 264 (22.03.2022)
Dossier: Krieg in der Ukraine

Nr. 265 (28.03.2022)
Russlands Angriffskrieg
Friedensverhandlungen
Selenskyjs Rede im Bundestag

Nr. 266 (11.04.2022)
Selenskyjs vs. Putins Rhetorik
Gesellschaftlicher Widerstand
Deutschlands Blick auf die Ukraine
Selenskyjs Erfolge
Ukrainische Verhandlungsposition
Russische Kriegsverbrechen

Nr. 267 (3.05.2022)
Cyber-Operationen
Digitalisierung

Nr. 268 (06.05.2022)
Deutschland und der Krieg
(zusammen mit Russland-Analysen)

Nr. 269 (1.06.2022)
Flucht vor dem Krieg
Zukunft der Ukraine-Forschung
Auswirkungen des Krieges auf die Bildung
Kriegsgeschehen in der Ukraine

Nr. 270 (23.06.2022)
Krieg, Geschichte und Erinnerungskultur
Asow-Regiment
Stepan Bandera

Nr. 271 (14.07.2022)
Krieg und Wohnungsmarkt
EU-Kandidatenstatus

Nr. 272 (21.07.2022)
Kriegsverbrechen
Kriegsgeschehen

Nr. 273 (17.10.2022)
Internationale Hilfe für die Ukraine während des Krieges
Perspektiven und Probleme des Wiederaufbaus der
Ukraine nach dem Krieg

Nr. 274 (03.11.2022)
Humanitäre Krise
Serhij Zhadan

Nr. 275 (29.11.2022)
Frauen im Krieg
»Filtration«

Nr. 276 (14.12.2022)
Wirtschaft unter Kriegsbedingungen
Friedensverhandlungen

Nr. 277 (19.01.2023)
Ländliche Gemeinden
Landnutzungsänderung

Zentralasien-Analysen

Nr. 151 (25.02.2022)
Kasachstans Weg der Denuklearisierung
Januar-Unruhen in Kasachstan
Parlamentswahl in Kirgistan

Nr. 152 (20.06.2022)
 Zentralasien während des russischen Angriffskrieges
 gegen die Ukraine
 Frugale Innovationen im Gesundheitswesen Usbekistans
 Präsidentschaftswahl in Turkmenistan

Nr. 153 (29.07.2022)
 Macht und Informalität in Kirgistan
 Verfassungsreferendum in Kasachstan

Nr. 154 (14.10.2022)
 Protest und Repression in der innerstaatlichen Autonomie:
 Karakalpakstan und Berg-Badachschan
 Konferenz der Weltreligionsführer in Astana
 SOZ-Gipfel in Samarkand

Nr. 155 (06.01.2023)
 Vorgezogene Präsidentschaftswahl in Kasachstan
 Organisation der Turkstaaten

Russian Analytical Digest

No. 275 (17.02.2022)
 Russia's Role in the Contemporary International Agri-
 Food Trade System

No. 276 (18.02.2022)
 Russian Military Build-Up around Ukraine – Part 1

No. 277 (23.02.2022)
 Russian Military Build-Up around Ukraine – Part 2

No. 278 (01.03.2022)
 Russia's Invasion of Ukraine: First Assessments and
 Geopolitical Implications

No. 279 (11.03.2022)
 Russia and Afghanistan after the Withdrawal of the USA
 and its Allies

No. 280 (21.03.2022)
 Sanctions against Russia
 Russia's War on Ukraine on Social Media

No. 281 (29.03.2022)
 Political Regime Stability
 Universities
 Agriculture

No. 282 (13.04.2022)
 Russian Information Warfare

No. 283 (14.04.2022)
 Political and Economic Consequences of Russia's War
 against Ukraine

No. 284 (10.06.2022)
 Energy and War

No. 285 (30.06.2022)
 Economic Dysfunctionalities

No. 286 (17.10.2022)
 War and Church

No.287 (30.10.2022)
 How the War Affects the Eurasian Economic Union

No. 288 (21.11.2022)
 Brian Drain from Russia after February 24th 2022

No. 289 (30.11.2022)
 Russia's Relations with its Regional Allies since 24th
 February 2022

No. 290 (22.12.2022)
 Wagner Group

Mitglieder

Veröffentlichungen

Aliyev, Azar / Breig, Burkhard / Wedde, Rainer (Hg.): [Recht als Brücke zwischen Ost und West. Festschrift für Prof. Dr. Alexander Trunk zum 65. Geburtstag](#). Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2022.

Arendarska, Justyna / Łada-Konefał, Agnieszka / Sendhardt, Bastian: [Nachbarschaft im Rahmen. Wie Deutsche und Polen einander medial betrachten](#). Harrassowitz, Wiesbaden 2022.

Aust, Martin / Heinemann-Grüder, Andreas / Nußberger, Angelika / Schmid, Ulrich (Hg.): [Osteuropa zwischen Mauerfall und Ukrainekrieg. Besichtigung einer Epoche](#). Suhrkamp, Berlin 2022.

Bohn, Thomas M. / Shadurski Victor (Hg.): [Republic of Belarus \(1990-1996\): from a parliamentary republic to an authoritarian regime](#). Kraków 2022.
(**Бон, Томас М. / Шадурский, Виктор** (Под. ред.): [Республика Беларусь \(1990-1996\): от парламентской республики к авторитарному режиму](#). Краков 2022)

Bohus, Kata / Hallama, Peter / Stach, Stephan (Hg.): [Growing in the Shadow of Antifascism. Remembering the Holocaust in State-Socialist Eastern Europe](#). Central European University Press, Budapest 2022.

Braun, Bernhard: [Moskaus \(in\)existente Mittelschicht. Eine Ethnographie. Mit einem Vorwort von Elisabeth Schimpfössl \(Osteuropa in Geschichte und Gegenwart Bd. 11\)](#). Böhlau, Köln / Weimar / Wien 2023.

Cheskin, Ammon / Jašina-Schäfer, Alina: [Relational Area Studies. Russia and Geographies of Knowledge](#). Transactions of the Institute of British Geographers 47 (4) 2022.

Czachur, Waldemar / Loew, Peter Oliver: [„Nie wieder Krieg!“ Der 1. September in der Erinnerungskultur Polens und Deutschlands zwischen 1945 und 1989 \(Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts 37\)](#). Harrassowitz, Wiesbaden 2022.

Fischer, Bernd J. / Schmitt, Oliver Jens: [A Concise History of Albania](#). Cambridge University Press, Cambridge 2022.

Flade, Falk / Steinkamp, Anna M. / Walerski, Konrad (Hg.): [Transformation in Polen und Ostdeutschland. Voraussetzungen, Verlauf und Ergebnisse \(Interdisciplinary Polish Studies Bd. 11.\)](#). Harrassowitz, Wiesbaden 2022.

Hartmann, Anne / Müller, Reinhard (Hg.): [Tribunale als Trauma. Die Deutsche Sektion des Sowjetischen Schriftstellerverbands. Protokolle, Resolutionen, Briefe \(1935–1941\)](#). Wallstein, Göttingen 2022.

Hein-Kircher, Heidi / Distler, Werner (Hg.): [Historicizing the Mobility. Security Nexus and the Making of Order](#). Routledge, New York / London 2022.

Köllner, Tobias (Hg.): [Family Firms and Business Families in Cross-Cultural Perspective. Bringing Anthropology Back In](#). Palgrave Macmillan, Basingstoke 2022.

Kucher, Katharina: [Kindheit als Privileg. Bildungsideale und Erziehungspraktiken in Russland \(1750–1920\)](#). Campus Verlag, Frankfurt 2022.

Lambertz, Sebastian: [Sozialistische Subjektivitäten. Deutungen des »neuen Menschen« in der Tschechoslowakei 1953–1963 \(Veröffentlichungen des Collegium Carolinum Bd. 146\)](#). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2022.

Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): [Nationen und Nationalismen in Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur \(Zur Kritik der Geschichtsschreibung Bd. 16\)](#). Gleichen, Zürich 2020.

Pietrow-Ennker, Bianca (Hg.): [Nationsbildung und Außenpolitik im Osten Europas. Nationsbildungsprozesse, Konstruktionen nationaler Identität und außenpolitische Positionierungen im 20. und 21. Jahrhundert \(Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau Bd. 41\)](#). Fibre, Osnabrück 2022.

Rydel, Jan / Troebst, Stefan: [Instrumentalizing the Past. The Impact of History on Contemporary International Conflicts](#). De Gruyter Oldenbourg, Berlin / Boston 2022.

Schneider, Eberhard: [Analysen zum Ukraine-Krieg. Interne Überlegungen in Moskau](#), Berlin 2022.

Schneider-Deters, Winfried: [Ukraine's Fateful Years 2013-2019. The Popular Uprising in Winter 2013/2014 \(Bd. 1\)](#). Ibidem, Stuttgart 2023.

Schneider-Deters, Winfried: [Ukraine's Fateful Years 2013-2019. The Annexation of Crimea and the War in Donbas \(Bd. 2\)](#). Ibidem, Stuttgart 2023.

Thun-Hohenstein, Franziska (Hg.) / **Leupold**, Gabriele (Übers.): [Warlam Schalamow, Ich kann keine Briefe schreiben... Korrespondenz 1952–1978](#). Matthes & Seitz, Berlin 2022.

Waligórska, Magdalena: [Cross Purposes. Catholicism and the Political Imagination in Poland](#). Cambridge University Press, Cambridge 2023.

Personalien

Aufnahmen

Ago, Fjoralba / Berlin

Arbesmeier, Nada / Berlin

Althaus, Christine Dolores / Freiburg

Beliakova, Nadezhda / Bielefeld

De Almeida Mendonça, Tila / Jena

Endrich-Laimböck, Tobias / München

Feldmann, Thimeo / Regensburg

Gall, Alfred / Mainz

Henze, Helene / Adendorf

Khorolskyi, Roman / Berlin

Kroupová, Markéta / Berlin

Markowska, Angelika / Leipzig

Martyniuk, Olha / Regensburg

Palko, Olena / Basel

Pohl, Gundula / Berlin

Prunitsch, Christian / Dresden

Sagradov, Daniel / Leipzig

Schiek, Sebastian / Berlin

Schlett, Dominik / Nancy

Schmidt, Helge Timur / Köln

Schröder-Kirschner, Angelika / Schweitenkirchen

Steinmayer, Lasse / Biberach a. d. Riß

Thorne, Rebecca / München

Trinkle, Alice / Berlin

Witzenrath, Christoph / Bonn

Wosnitzka, Cäcilia / Markdorf

Abschiede

Prof. Dr. phil. Dr. hc. Prof. hc. Klaus von Beyme, Heidelberg. Verstorben am 6. Dezember 2021

Prof. Dr. Roland Höhne, Niedenstein. Verstorben am 14. April 2022

Dr. phil. Bernhard Schalhorn, Lüneburg. Verstorben am 5. Juli 2022

Dietmar Gerhard Stüdemann, Berlin. Verstorben am 23. August 2022

Fachgruppen

Die Fachgruppen sind ein wichtiger Bestandteil der DGO. In den Disziplinen Geografie, Geschichte, Literatur- und Kulturwissenschaft, Politik- und Sozialwissenschaften, Recht, Religion und Wirtschaft veranstalten sie regelmäßige Fachgruppentreffen zur Förderung des wissenschaftlichen Austauschs. Die disziplinspezifischen Fachtagungen finden seit diesem Jahr unter dem Dach

des Osteuropakongress' ceecon statt, der zukünftig alle zwei Jahre in Berlin stattfinden wird. Mit ceecon wurde ein internationales und interdisziplinäres Forum für alle Disziplinen der Osteuropaforschung geschaffen, das den Austausch und die Vernetzungen der Fachgruppen über die Disziplingrenzen hinaus fördern soll.

Geografie | Kontakt: geografie@dgo-online.org



Henryk Alff
Hochschule für nachhaltige
Entwicklung Eberswalde (HNEE)

© ZMT Bremen



Alexander Vorbrugg
Universität Bern

© privat

Geschichte | Kontakt: geschichte@dgo-online.org



Heidi Hein-Kircher
Herder-Institut für Historische
Ostmitteleuropaforschung

© C. Junghänel,
Herder-Institut



Guido Hausmann
Universität Regensburg

© IOS Regensburg/
neverflash.com

Literatur- und Kulturwissenschaft | Kontakt: lit-kult@dgo-online.org



Anna Artwinska
Universität Leipzig

© privat



Alfred Gall
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

© privat

Politik- und Sozialwissenschaften | Kontakt: pol-soz@dgo-online.org



© Wolfgang Steinbacer

Fabian Burkhardt
Leibniz-Institut für Ost- und
Südosteuropaforschung,
Regensburg



© privat

Christian Fröhlich
Freie Universität Berlin

Recht | Kontakt: recht@dgo-online.org



© Gisela Gross

Burkhard Breig
Ostfalia Hochschule für angewandte
Wissenschaften Wolfenbüttel



© Hochschule Rhein Main

Rainer Wedde
Wiesbaden Business School der
Hochschule RheinMain

Religion | Kontakt: religion@dgo-online.org



© Annette Riedl

Regina Elsner
Zentrum für Osteuropa- und
internationale Studien (ZOiS), Berlin



© Irina Müller

Jennifer Wasmuth
Georg-August-Universität Göttingen

Wirtschaft | Kontakt: wirtschaft@dgo-online.org



© Anna Perezolova

Olga Popova
Leibniz-Institut für Ost- und
Südosteuropaforschung, Regensburg



© privat

Michael Rochlitz
Universität Bremen



Junge DGO im 2. Halbjahr 2022

Bericht: Annemarie Pohlheim und Johannes Kleinmann

Die Junge DGO wächst weiterhin stetig. Inzwischen zählt der Verbund der DGO-Mitglieder unter 35 mehr als 250 Mitglieder. Dementsprechend wurden auch im zweiten Halbjahr 2022 viele spannende Veranstaltungen und andere Aktivitäten von den Regionalgruppen und Arbeitsgemeinschaften der Jungen DGO durchgeführt.

Ein besonders wichtiger Monat war dabei der Oktober, in dem die Junge DGO mit gleich drei großen Veranstaltungen aufwarten konnte. So fand zum fünften Mal die Tagesveranstaltung ZUKUNFT OSTEUROPA statt, organisiert von Ariana Kravchuk und Tom-Aaron Aschke. Mit dabei an der Uni in Mainz waren 40 Studierende, Promovierende und Postdocs, um über berufliche Zukunftsperspektiven im Bereich Osteuropa zu diskutieren. Zudem beteiligte sich die Junge DGO mit einem Panel am Osteuropakongress ceecon. Dabei kam ein neues Format zum Einsatz: Die beteiligten Wissenschaftler*innen stellten ihre Forschungsprojekte in nur fünf Minuten vor. Diese so genannten „elevator pitches“ – angelehnt an die Dauer einer Fahrstuhlfahrt – waren ein großer Erfolg und sollen in Zukunft wiederholt werden.

Eine weitere Veranstaltung im Oktober war ein Panel zum Thema LGBTQI+ Aktivismus in (il)liberalen Staaten in Ostmitteleuropa. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Fachverband für Homosexualität und Geschichte auf dessen Jahrestagung statt und wurde ebenfalls sehr gut aufgenommen.

ARBEITSGRUPPEN

Die Arbeitsgruppe Mentoring begann im August mit dem vierten Turnus des DGO-Mentoringpro-

gramms. Die Tandems, bestehend aus jeweils einem Mitglied der Jungen DGO und berufserfahrenen Personen aus dem Umfeld der DGO, treffen sich regelmäßig bis Mitte des nächsten Jahres.

Die AG Diversität und Chancengleichheit lud am 22. November zu einem Auftakt- und Kennenlernetreffen ein. Dort wurden die nächsten Arbeitsschritte, wie die Bearbeitung des Positionspapiers, die Arbeitsweise innerhalb der AG und die Planung eines Workshops, gemeinsam erarbeitet. Als Vorbereitung auf diesen Workshop hat die AG zudem einen Slot beim Aktiventreffen der Jungen DGO in München gestaltet, bei dem die Teilnehmer*innen unter anderem gemeinsam relevante Themen sammeln konnten.

REGIONALGRUPPEN

Auch die Regionalgruppen konnten mit ihren Aktivitäten ein breites thematisches Spektrum abdecken. In Bremen fand die Auftaktveranstaltung der Reihe „Ostopie“ statt, auf der die Münchner Historikerin Franziska DAVIES über ihr neues Buch „Offene Wunden Osteuropas“ sprach.

In München begleitete die DGO-Regionalgruppe die Ausstellung „Strozew. Lustig. Dialog zweier Menschen aus einer Welt“ mit einer eigenen Veranstaltung. Die Lesung und Diskussion mit dem belarussischen Dichter und Dissidenten Dmitri STROZEW bot allen Teilnehmenden einen spannenden Einblick in dessen künstlerisches Schaffen, mit dem er politische Ereignisse der Gegenwart verarbeitet.

Die Regionalgruppe Bamberg-Erlangen veranstaltete neben zahlreichen anderen Events am 17. November einen Vortrag mit dem Junge-DGO-Mitglied Tim KIPPHAN zum Thema „Watching the War: Was passiert hier



v.l.n.r.: Sophia Winkler, Melanie Hiem, Cäcilia Wosnitzka

eigentlich?“ Ziel der Veranstaltung war es, die ersten acht Monate des russischen Kriegs gegen die Ukraine Revue passieren zu lassen und zu diskutieren, was dort militärisch – strategisch und taktisch – vor sich ging.

Auch in den Veranstaltungen der Regionalgruppe Berlin/Brandenburg stand die Beschäftigung mit dem russischen Krieg in der Ukraine im Mittelpunkt. So kooperierte die Regionalgruppe für die Durchführung des „Feminist Solidarity Day with Ukraine“ unter anderem mit den Initiativen In Feminis Veritas und Vitsche. Die Veranstaltung stand im Zeichen der Folgen des Krieges für FLINTA* (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen) und umfasste neben einer Ausstellung ukrainischer Künstler*innen auch Panels zur Rolle von Frauen in

der Diaspora und zu sexueller Gewalt im Krieg. Gemeinsam mit der Regionalgruppe Bremen konnte die Leipziger Regionalgruppe im Herbst 2022 die Ausstellung „Chernobyl Memory Tour“ präsentieren. Die Fotografien der Wissenschaftler*innen Susanne SCHATTENBERG und Michael ROCHLITZ (Bremen) wurden in Kooperation mit dem sächsischen Zweig der Heinrich-Böll-Stiftung (Weiterdenken) bis Anfang Januar einem breiten Publikum präsentiert.

Den Abschluss des zweiten Halbjahres und zugleich den Auftakt für 2023 bildete ein weiteres Aktiventreffen in München. Die Teilnehmer*innen befassten sich dabei nicht nur mit der Planung weiterer Aktivitäten im neuen Jahr, sondern erhielten auch Input für die erfolgreiche Moderation und Organisation von Veranstaltungen.

Junge DGO Leipzig: Schreibworkshop zum Publizieren in wissenschaftlichen Journals mit Bezug zum östlichen Europa

In Kooperation mit dem Leibniz-Wissenschafts-Campus „Eastern Europe-Global Area“ (EEGA)

5. Juli 2022 | GWZO Leipzig/online

Bericht: Anne Kluger, Elisa Satjukow, Magda Wlostowska

Die Veröffentlichung der eigenen Forschungsergebnisse ist ein wichtiger Bestandteil des wissenschaftlichen Arbeitens. Darüber allerdings, wie der Veröffentlichungsprozess genau aussieht oder welche Themen und Zeitschriften infrage kommen, herrscht oftmals Unwissenheit. Um diesen Hürden zu begegnen, haben die Leipziger Regionalgruppe der Jungen DGO und der Leibniz-WissenschaftsCampus EEGA einen hybriden Workshop zum Publizieren in wissenschaftlichen Journals mit Bezug zum östlichen Europa veranstaltet.

Im ersten (hybriden) Teil des Workshops stellten Sabine RUTAR und Manfred SAPPER, Chefredakteur*innen der Zeitschriften „Comparative Southeast European Studies“ (COMPSEES, früher „Südosteuropa. Journal of Politics and Society“) und „OSTEUROPA“ ihre Zeitschriften vor und erläuterten die verschiedenen Stationen eines Publikationsprozesses. Hier zeigte sich unter anderem, dass eine prägnante Fragestellung und gute Lesbarkeit wichtige Kriterien für die Annahme eines Beitrags zur Veröffentlichung sind. Im darauffolgenden Q&A fragten die Teilnehmer*innen nach „typischen Fehlern“ bei eingereichten Texten sowie nach Arbeitsabläufen und Zuständigkeiten innerhalb von Zeitschriftenredaktionen und Herausgeber*innenteams.

Außerdem haken sie kritisch nach, wie mit dem Risiko von „Fake“-Artikeln umgegangen wird.

An diese Einführung schlossen sich zwei Praxisworkshops an. Im ersten Workshop wurden unter der Leitung von Sapper Kriterien zusammengestellt, die einen guten Text ausmachen. Die Teilnehmenden erhielten dabei Einblicke in redaktionelle Prozesse der Zeitschrift OSTEUROPA. Die dort veröffentlichten Beiträge sind publizistische Texte mit wissenschaftlichem Anspruch, die oft sehr aktuelle Themen behandeln. Anders als die meisten wissenschaftlichen Zeitschriften verzichtet OSTEUROPA auf Peer-Review-Verfahren, stattdessen entscheidet in letzter Instanz die Redaktion über eine Veröffentlichung. Ausgehend davon diskutierten die Teilnehmer*innen im nächsten Schritt Bewertungsmaßstäbe und Beispiele für gelungene Texte. Hier kristallisierten sich gute Lesbarkeit, Innovation und Relevanz als zentrale Merkmale heraus.

Im darauffolgenden Close Reading-Teil des Workshops ging es darum, den erarbeiteten Kriterienkatalog auf einen Text anzuwenden. Anhand eines bereits veröffentlichten Aufsatzes aus der OSTEUROPA konnten die Teilnehmer*innen die vielen Überarbeitungsschleifen und Auseinandersetzungen zwischen Autor*innen und Redaktion nachvollziehen. Dabei wurde deutlich, dass vor allem Plausibilität, Kausalität und intersubjektive Überprüfbarkeit Maßstäbe sind, an denen sich Texte unabhängig vom Ansehen und Status der Autor*innen messen lassen müssen.

Der zweite Praxisworkshop wurde von Rutar (COMPSEES), Carna BRKOVIC (PoLAR), Ivana DINIĆ (COMPSEES) und Hendrik GEILING (COMPSEES) durchgeführt. An einer Beispielrezension aus COMPSEES konnte die Gruppe nachvollziehen, wie sich ein Text in verschiedenen Bearbei-



tungsschritten von der Einreichung zur Publikation verändern kann. Anonymisierte Gutachten zeigten beispielhaft die Bandbreite von Gutachter*innenrückmeldungen im Peer Review-Verfahren und verdeutlichten, dass sich dieses v.a. dann als ertragreich erweist, wenn Autor*innen wie auch Gutachter*innen das Verfahren als gemeinschaftliches Arbeiten an einem Text ansehen. Brkovic stellte verschiedene Denkanstöße zur Erläuterung unterschiedlicher Verfahrensvarianten und ihrer Vor- und Nachteile sowie zur kritischen Reflexion über Peer Review im Verhältnis zu Gate Keeping-Mechanismen vor.

Abschließend wurde ein vorab zur Besprechung eingereichter Aufsatz diskutiert. Auf der Grundlage eines gemeinsamen Close Readings erarbeitete die Workshopgruppe konstruktives Feedback zum Textestieg und formulierte im Gespräch mit der Autorin und den Workshopleiter*innen Tipps für die weitere Arbeit am Text. Im Austausch stellte sich heraus, dass die Unterstützung durch erfahrenere Forscher*innen durchaus ein wichtiger Faktor für die Einreichung eines Artikels sein kann – sowohl als Ermutigung als auch als erste „Feedbackschleife“ vor der Einreichung. Allerdings sind diese Faktoren keinesfalls ein Garant für die Veröffentlichung.

Den Abschluss des Workshoptages bildete eine hybride Podiumsdiskussion zu „Perspektiven auf das Publizieren in wissenschaftlichen Journals“, die die Sichtweisen von Herausgeber*innen-, Redakteur*innen- und Autor*innenseite zusammenführte. Rutar, Sapper und Paula SEIDEL (Centre Marc Bloch) als Vertreterin der Promovierenden und Nachwuchswissenschaftler*innen diskutierten über den Mehrwert, aber auch die Grenzen des Publizierens in area-bezogenen Journals. Besonders hervorgehoben wurden dabei die Interdisziplinarität und die Aktualität, die eine Zeitschrift mit Fokus auf eine bestimmte Region möglicherweise eher leisten kann als eine fachbezogene Zeitschrift.

Den zweiten Themenkomplex der Podiumsdiskussion bildete das Thema Peer Review. Hier zeigten sich bei den Diskutant*innen unterschiedliche Perspektiven auf dieses Begutachtungsverfahren. Betont wurde insbesondere die Agilität des klassischen Redaktionsverfahrens, wie es bei OSTEUROPA zum Tragen kommt. Die Qualitätssicherung beim Peer-Review sei sehr viel aufwendiger und langwieriger, weshalb entsprechende Journals wie COMPSEES insbesondere eine Plattform für Grundlagenforschung darstellen.

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Offener Brief anlässlich der Mittelkürzungen beim DAAD, der Humboldt-Stiftung und dem Goethe-Institut

Anfang Juli 2022 beschloss das Bundeskabinett einen Haushaltsentwurf, der umfangreiche Kürzungen in der institutionellen Förderung des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD), der Alexander von Humboldt-Stiftung sowie des Goethe-Instituts durch das Auswärtige Amt vorsah. Gemeinsam mit dem Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker e.V. (VOH) und der Südosteuropa-Gesellschaft e.V. (SOG) verfasste die DGO in Reaktion auf diesen Entwurf einen offenen Brief an die Bundesministerin des Auswärtigen, Anna-Lena Baerbock, und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Sie brachten darin ihre Besorgnis über die Mittelkürzungen und die damit verbundenen Auswirkungen für den internationalen wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Austausch zum Ausdruck. Mit Erfolg: In seiner Bereinigungssitzung beschloss der Haushaltsausschuss im November sogar eine Erhöhung der Grundfinanzierung. Lesen Sie hier den Brief im Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Ministerin Baerbock,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

als wichtige Akteur*innen und Förder*innen des wissenschaftlichen Austauschs mit dem östlichen Europa und des europäischen Dialogs haben wir die Nachricht über die vom Auswärtigen Amt vorgesehenen Budgetkürzungen für den Deutschen Akademischen Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung und das Goethe-Institut mit großer Besorgnis aufgenommen. Die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung im akademischen Bereich ist insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine von besonderer Bedeutung – auch in gesellschaftlicher Hinsicht, denn der akademische Dialog ist ein wichtiger Teil des zivilgesellschaftlichen.

Besonders in Zeiten politischer Spannungen, die aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren die internationalen Beziehungen prägen werden, wächst die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Austauschs. Während eine Verständigung mit autoritär regierten Staaten wie Russland und Belarus auf offizieller Regierungsebene zunehmend schwieriger wird, können wissenschaftliche und kulturelle Kooperationen wichtige Bindungen stärken und den Fortbestand einer kritischen Zivilgesellschaft in diesen Ländern erhalten. Für die Beziehungen zu diesen Ländern ist dies vor allem in einer Langfristperspektive von großer Bedeutung. Der DAAD, die Alexander von Humboldt-Stiftung und das Goethe-Institut leisten mit ihren Förderprogrammen in diesem Zusammenhang einen unschätzbaren Beitrag und helfen, den Kontakt zu den Zivilgesellschaften autoritär regierter Länder auch in Krisenzeiten weiter aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus bieten die Programme der genannten Institutionen ukrainischen Wissenschaftler*innen, die vor dem russischen Angriff auf ihr Heimatland fliehen müssen, eine Perspektive, in Deutschland zu leben, zu forschen und zu arbeiten. Gleiches gilt für gefährdete Wissenschaftler*innen aus Russland und Belarus, die aufgrund ihrer kritischen Haltung Repressionen befürchten.

ten müssen. Vielfach sind auch Kulturschaffende mit einer kritischen Haltung stark gefährdet. Eine Einsparung bei den Mitteln der genannten Institutionen hätte daher ganz konkrete negative Folgen für diese Personen. Die Auswirkungen, die die angekündigten Kürzungen hätten, werden bei einem Blick auf die Zahl der wegfallenden Programme sehr deutlich. Beim DAAD stehen circa 700 langfristige Studien- und Promotionsstipendien für Personen aus dem Ausland zur Disposition, die Alexander von Humboldt-Stiftung ist bereits dieses Jahr gezwungen, die Bewilligungszahlen der vom Auswärtigen Amt finanzierten Programme um bis zu 30 % zu senken, was nochmals über 100 Stipendien betrifft. Zudem steht die Philipp Schwartz-Initiative, die durch Krieg und Verfolgung bedrohten Forschenden eine Arbeit in Deutschland ermöglicht, vor erheblichen Einschnitten. Beim Goethe-Institut sind wichtige Programme und Angebote der Standorte im östlichen Europa betroffen, wodurch wichtige Lern- und Begegnungsräume und damit Freiräume für künstlerischen und zivilgesellschaftlichen Austausch fehlen würden.

Der Wegfall von 5000 Kurzzeitförderungen für Vortrags- und Kongressreisen sowie Sommer- und Winterkurse beim DAAD hat aber auch Auswirkungen auf deutsche Studierende und Wissenschaftler*innen, die ins Ausland wollen. Auch sie sind ein wichtiger Teil des internationalen Dialogs und können durch die Teilnahme an internationalen Konferenzen, Austauschprogrammen und Forschungsaufenthalten zur Vielstimmigkeit und Multiperspektivität des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses beitragen. Ein Wegfall entsprechender Fördermöglichkeiten gefährdet darüber hinaus die Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland.

Die Möglichkeiten des internationalen Austauschs auf akademischer und zivilgesellschaftlicher Ebene werden somit durch die geplanten Budget-Kürzungen deutlich eingeschränkt. Angesichts der politischen Spannungen im östlichen Europa würde dies ein falsches Signal an ukrainische Wissenschaftler*innen senden, die vor dem russischen Angriff fliehen und auch die

Beziehungen zu den Gesellschaften in Ländern wie Russland und Belarus auf lange Sicht stark beeinträchtigen. Dies würde das Projekt der europäischen Integration mittel- und langfristig massiv beschädigen.

Wir fordern Sie daher auf, die angekündigten Kürzungen für den DAAD, die Alexander von Humboldt-Stiftung und das Goethe-Institut zurückzunehmen. Für den internationalen Austausch und Dialog auf zivilgesellschaftlicher Ebene sind Förderprogramme wie die der genannten Institutionen von unschätzbarem Wert. Wir halten eine Mittelkürzung für ein absolut falsches Signal an die internationale Gemeinschaft. Der Angriffs- und Vernichtungskrieg Russlands verlangt nach vielen Antworten Deutschlands und Europas. Wissenschaftlicher Austausch sollte Teil dieser Antwort sein, um das Bekenntnis Deutschlands zu einem integrierten Europa glaubhaft zu machen.

Die Unterzeichner

Ruprecht Polenz
(Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde)

Prof. Dr. Martin Aust
(Vorsitzender des Verbandes der Osteuropahistorikerinnen und -historiker)

Manuel Sarrazin
(Präsident der Südosteuropa Gesellschaft)

Veranstaltungsberichte

ceecon – DGO-Congress of Central and East European Studies

Bericht: Gabriele Freitag, Veronika Haluch,
Sebastian Lambertz

Im Oktober 2022 richtete die DGO gemeinsam mit der Freien Universität Berlin den ersten DGO-Congress of Central and East European Studies (ceecon) aus. Der zweitägige Kongress brachte Wissenschaftler*innen aus mehr als 15 Ländern zusammen. Sieben parallele Sektionen boten Foren für einen Austausch zu geistes- und sozialwissenschaftlichen Aspekten der osteuropabezogenen Forschung sowie zu Fragen wirtschaftlicher und rechtlicher Aspekte. Dabei standen sowohl inhaltliche Themen als auch methodische Fragen zur Diskussion. Jungen Wissenschaftler*innen bot der Kongress die Möglichkeit, eigene Forschungsprojekte vorzustellen.

Die Themen und Diskussionen des Kongresses waren deutlich vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geprägt, der die Forschung zu Ostmittel- und Osteuropa unmittelbar beeinflusst. Der Präsident der DGO, Ruprecht POLENZ, betonte in seiner Eröffnungsrede, dass wissenschaftliche Arbeit immer vom sozialen und politischen Kontext beeinflusst sind. Der Krieg mache

dies auf besonders schmerzhaft Weise deutlich. Die Wissenschaft könne aber auch Impulse in Gesellschaft und Politik geben. Auch deshalb sei der Kongress sehr wichtig. Günter ZIEGLER, Präsident der Freien Universität verwies darauf, dass Wissenschaftsfreiheit und internationaler Friede keine Selbstverständlichkeit,

sondern ein Privileg sind, für das die Geschichte der Universität selbst ein eindrückliches Beispiel darstellt. Die Dekanin des Osteuropa-Instituts der Universität, Katharina BLUHM, betonte die Solidarität des Instituts mit allen bedrohten Wissenschaftler*innen.

**DIE AUSWIRKUNGEN
POLITISCHER UMBRÜCHE
AUF DIE OSTEUROPAFOR-
SCHUNG IN DEN LETZTEN
30 JAHREN**

Zum Auftakt diskutierte der Ökonom Michael ROCHLITZ (Universität Bremen) mit der Sozialwissenschaftlerin Tomila LANKINA (London School of Economics) und dem Historiker Martin SCHULZE WESSEL (Ludwig-Maximilians-Universität München) über die Auswirkungen der Transformation auf

Kongress
6. und 7. Oktober,
Freie Universität Berlin

In Kooperation mit dem
Osteuropa-Institut
der FU Berlin

die wissenschaftliche Forschung zu Ostmittel- und Osteuropa. Lankina fasste die wichtigsten Trends der vergangenen 30 Jahre aus sozialwissenschaftlicher Perspektive zusammen: den Übergang von den so genannten area studies zu einer stärker disziplinär basierten Forschung, die zunehmende Dominanz der quantitativen Forschung und die Konzentration auf urbane Schichten und Protestbewegungen im Gegensatz zum vorherigen Fokus auf die Arbeiterschaft. Diesen Paradigmenwechsel führte sie auch darauf zurück, dass die wirtschaftlich am stärksten benachteiligten Schichten sowie die ländliche Bevölkerung mit sozialwissenschaftlichen Umfragen kaum erreicht werden konnten: „those who were left behind were also left behind in research“. Über die große schweigende Mehrheit ließen sich daher heute kaum valide Aussagen treffen. Angesichts der aktuellen militärischen Eskalation betrachtete Lankina es retrospektiv auch als Fehler, Russland, im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien, nicht stärker unter dem Paradigma des Post-Kolonialismus zu betrachten.



Hier setzte die Analyse von Schulze Wessel an. Für die geschichtswissenschaftliche Forschung diagnostizierte er ein Dilemma: Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebte die Geschichte der europäischen Imperien des 19. Jahrhunderts eine positive Neuinterpretation. Die pauschale Kategorisierung von Imperien als „Völkergefängnissen“ wurde zurecht in Frage gestellt. Das Imperium wurde damit, überspitzt formuliert, zum erfolgreichen Manager von Diversität stilisiert. Diese Sichtweise versperrte den Blick auf die nationalen Bewegungen, die gerade das Russische Reich als koloniales „Völkergefängnis“ erlebten. Ironischerweise stilisiere Vladimir Putin den aktuellen Krieg als einen Kampf gegen den westlichen Kolonialismus, während Russland einen kolonialen Krieg gegen die Ukraine führe. Vor diesem Hintergrund plädierte Schulze Wessel für eine neue Imperienforschung.

Lankina mahnte zusätzlich an, in der aktuellen politischen Situation stärker die Perspektive ukrainischer Kriegsflüchtlinge zu berücksichtigen.

Wissenschaftler*innen hätten hier auch eine moralische Verpflichtung. Was diese Forderung für die Unterstützung politisch gefährdeter Wissenschaftler*innen aus Russland und Belarus bedeutet, blieb in der anschließenden Diskussion umstritten.

GROSSE GEOGRAPHISCHE UND THEMATISCHE BANDBREITE IN DEN FACHPANELS

Während sich das Eröffnungspanel an das gesamte Kongressplenum richtete, adressierten die folgenden parallelen Panels dezidiert die jeweiligen Fachdisziplinen. Diese Panels fanden parallel in drei Zeitslots statt und waren in die Disziplinen Geographie, Geschichte, Literatur- und Kulturwissenschaften, Politik- und Sozialwissenschaften, Recht, Religion und Wirtschaft unterteilt. Die einzelnen Sektionen waren jeweils unter einem konkreten Thema zusammengefasst.

So diskutierten die Wirtschaftswissenschaftler*innen primär über wirtschaftlichen Entwicklungen und deren



Thomas Remington



Evgenia Lopata

Auswirkungen auf die Umwelt. Bereits das erste Panel wies dabei eine große thematische und geographische Bandbreite auf und beschäftigte sich mit der Entwicklung des Energiesektors in der Ukraine (Miriam FREY-KNOLL, Berlin), Tschechien (Milan ŠČASNÝ, Prag) und Zentralasien (Yana ZABANOVA, Berlin/Groningen).

In der Sektion der Geschichtswissenschaft lag der Fokus auf der Rolle von Historiker*innen und Medien und der Frage, wie mit Propaganda und Falschmeldungen umzugehen sei. Unter anderem reflektierten Jan C. BEHRENDTS (Potsdam), Franziska DAVIES (München), Olesya KHROMEYCHUK (London) und Moritz FILORIN (Erlangen) darüber, wie sich die Position von Geschichtswissenschaftler*innen in der Öffentlichkeit seit dem Februar 2022 verändert hat.

Die Sektion der Literatur- und Kulturwissenschaften befasste sich wiederum mit dem Politischen zwischen Rhetorik und Literatur, wobei es den Verantwortlichen gelang, wissenschaftliche Diskussionen und Lesungen zu verbinden. Unter anderem kamen die belarussischen Autor*innen Julia CIMAFIEJEVA und Alhierd BACHAREVIČ (Minsk/Graz) zu Wort. In einem weiteren Panel befassten sich Ulrich SCHMID (St. Gallen) und Leonid KLIMOV (Berlin) mit „Diskursiven Praktiken in Politik und Journalismus“.

Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Religion und Politik stand in der Sektion Religion im Vordergrund.

Dabei spannte vor allem das Panel „Religion und Populismus“ einen weiten Bogen. Während Elżbieta KOROLCZUK (Warschau) sich mit der Verbindung von Rechtspopulismus und Religion in Polen befasste, ging Natallia VASILEVIC (Minsk/Bonn) auf den belarussischen Fall ein. Zoran GROZDANOV (Zagreb) schließlich berichtete darüber, wie Religion von populistischen Akteur*innen in Kroatien instrumentalisiert wird.

Auch die Panels der Sektion Geographie deckten ein breites Spektrum ab. So thematisierten Julia ZIMMERMANN (Berlin), Birgit GLORIUS (Chemnitz) und Oksana KOSHULKO (Hamburg) die Folgen der stalinischen Kampagnen zur ethnischen Säuberung und die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine für das europäische Asylsystem sowie den Freiheitskampf von Ukrainer*innen und Krim-Tatar*innen seit 2014.

Die Zivilgesellschaft im Exil war Thema eines runden Tisches der Sektion der Politik- und Sozialwissenschaften. Olga ROMANOVA (Berlin), Alexander MOROZOV (Prag), Aliaksei KAZHARSKI (Prag) und Katsiaryna LOZKA (Gent) diskutierten über Zivilgesellschaft im Exil. Der Fokus lag dabei auf Fallstudien zu Russland und Belarus.

Die Ukraine wiederum stand im Abschlusspanel der Rechtswissenschaftler*innen im Vordergrund. Hans-Joachim SCHRAMM (Wismar), Roksolana KHANYK-POSPOLITAK (Kyjiw) und Rainer WEDDE (Wiesbaden) diskutierten nicht nur über die drängendsten Probleme,

vor denen das ukrainische Rechtssystem aktuell steht, sondern auch die Vorgaben, die die Ukraine für einen EU-Beitritt auf rechtlicher Ebene erfüllen muss.

DIE AUSWIRKUNGEN DES KRIEGES AUF WISSENSCHAFT UND VERLAGSWESEN

Neben Wissenschaftler*innen aus der Ukraine, deren Arbeit durch den Krieg massiv beeinträchtigt wird, sind auch jene russischen und belarusischen Wissenschaftler*innen betroffen, die sich offen gegen den Krieg positioniert haben und nun Repressionen ausgesetzt sind. Verschiedene Panels widmeten sich ihrer Situation und stellten Initiativen wie die „University of New Europe“ und das „SCIENCE AT RISK Emergency Office“ vor, die gefährdete Wissenschaftler*innen unterstützen. Das Panel „Science under Pressure“ legte ebenfalls einen Fokus auf dieses Thema. Ein weiteres Panel befasste sich mit den aktuellen „Herausforderungen für den Buchmarkt in der Ukraine“. Evgenia LOPATA (Czernowitz), Kateryna MISHCHENKO (Berlin) und Olga PONYGAIKO (Kyjiw) diskutierten Wege, mit der Situation seit Februar 2022 umzugehen.

Nachwuchswissenschaftler*innen erhielten im Panel der Jungen DGO die Möglichkeit, ihre Forschungsvorhaben vorzustellen: Die Teilnehmer*innen hatten beim „Elevator Pitch“ jeweils fünf Minuten, um ihre Projekte zu präsentieren. Die thematische Ausrichtung reichte dabei von Arbeiten zu künstlerischem Aktivismus in der sozialistischen Tschechoslowakei bis zu den Beziehungen zwischen Staat und Bürgern in der post-Maidan Ukraine.

WIE UMGEHEN MIT FORSCHUNGSKOOPERATIONEN?

Das Abschlusspanel des Kongresses befasste sich mit den Problemen individueller und institutioneller Forschungsk Kooperationen in Kriegszeiten. Thomas REMINGTON (Harvard), Gwendolyn SASSE (Berlin) und Annette WERBERGER (Frankfurt (Oder)) kamen dabei unter anderem auch auf die Präsenz der Ukraine innerhalb der Osteuropa-Wissenschaften und die Rolle von Wissenschaftler*innen im Exil zu sprechen.

Die Teilnehmer*innen kritisierten gleich zu Beginn, dass die Ukraine als Forschungsgegenstand in den meisten Disziplinen noch deutlich unterrepräsentiert sei. Zwar betonte Remington, dass Russland allein aufgrund seiner Größe immer Aufmerksamkeit erfordern

werde, er stimmte aber den anderen Teilnehmer*innen zu, die Ukraine stärker in den Fokus zu stellen. Es sei sehr wichtig, die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Ukraine zu normalisieren, so Sasse. Das Studium der Ukraine und anderer osteuropäischer Länder sollte fester Bestandteil von Einführungsveranstaltungen sein, auch in den Mutterdisziplinen. Werberger stimmte zu und verwies darauf, dass noch viel zu oft von „Russian Studies“ die Rede sei. Zudem sei es wichtig, verstärkt auch die ukrainische, polnische oder belarusische Perspektive auf Russland einzunehmen und nicht wie bisher einzig die „westliche“.

Im Hinblick auf die Zukunft internationaler Forschungsk Kooperationen verwies Werberger auf die Notwendigkeit, den Fokus weg von Russland auf andere Länder wie die Ukraine oder die baltischen Staaten zu legen. Kasachstan habe ebenfalls das Potenzial, zu einem neuen Kooperationspartner zu werden, bemerkte Remington. Auch Forschende, die aus Russland oder Belarus ins Exil nach Deutschland gekommen seien, kämen als „Scholars in Exile“ als Partner*innen infrage. Sasse plädierte darüber hinaus dafür, zwischen institutioneller und individueller Forschung zu unterscheiden. Für letztere sollten weiterhin Fördermöglichkeiten existieren. Gleichzeitig sei es wichtig, dass Forschende aus der Ukraine in Deutschland sichtbar gemacht würden.

Werberger zog schließlich ein wenig positives Fazit: Der Krieg würde kaum neue Student*innen für die Region interessieren. Daher sei es unerlässlich, die Region noch stärker in die öffentliche Aufmerksamkeit zu bringen.

Zum Ausklang des Kongresses präsentierte das Kino Arsenal den ukrainischen Film „Homeward“, der die Situation der Krimtataren nach der russischen Annexion der Halbinsel beleuchtet. Im anschließenden Gespräch diskutierte Daria BUTEIKO (Berlin) mit der offiziellen Repräsentantin der Krimtataren auf der Krim, Tamila TASHEVA, und der Programmdirektorin des ukrainischen Filmfestivals Docudays, Victoria LESHCHENKO über die Lebensrealität der Krimtataren und die filmische Aneignung des Themas.

Zum Abschluss wiesen die Kooperationspartner des Kongresses Gabriele FREITAG (DGO) und Alexander LIBMAN (FU Berlin) darauf hin, dass ceecon im Zweijahresrhythmus verstetigt werden soll. Der nächste Kongress ist für den Herbst 2024 in Berlin geplant.

Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft und die neue europäische Ordnung

Bericht: Veronika Haluch, Sebastian Lambertz

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat zentrale Gewissheiten der europäischen Politik erschüttert. Wie tiefgreifend wird die sogenannte „historische Wende“ sein? Welche Folgen hat die Tatsache, dass Sicherheits- und Energiepolitik in Europa nicht mehr mit, sondern nur gegen Russland gemacht werden kann?

Welche Bedeutung hat dies für das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der NATO, für die Beziehungen zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten und Deutschland, für die deutsch-tschechischen Beziehungen – bilateral und in der EU? Diese Fragen diskutierten Expert*innen aus den Bereichen Sicherheits- und Energiepolitik in der Deutschen Botschaft in Prag.

PANEL 1: SICHERHEITSPOLITIK IN ZEITEN DES KRIEGS

Mit Fragen der Sicherheitspolitik befassten sich Jan JIREŠ (Stellvertretender Verteidigungsminister der Tschechischen Republik) Jakub EBERLE (Institute of International Relations Prague) und Kai-Olaf LANG (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin).

Sie sprachen über die verschiedenen Paradigmen der Sicherheitspolitik, die in der EU vorherrschen.

Jireš (Stellvertretender Verteidigungsminister der Tschechischen Republik) verwies dabei zunächst auf die unmittelbaren Folgen des Kriegs für die europäische

Sicherheitspolitik. Moderne Kriegsführung, so mache der Krieg deutlich, sei materiell höchst anspruchsvoll. Jireš plädierte daher für eine Erweiterung der Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung innerhalb der EU.

Zum Verhältnis zwischen EU und NATO verwies Jireš darauf, dass es die Rolle der EU für die NATO sei, die kollektive Verteidigung in Europa zu ermöglichen.

Die Vereinigten Staaten seien dabei trotz ihrer ambivalenten Stellung unverzichtbar für die Sicherheitspolitik in der EU. Es sei dennoch an der Zeit, transatlantische Übereinkünfte auszuhandeln, die eine souveräne europäische Sicherheitspolitik ermöglichen. Der Krieg decke zudem ein Ungleichgewicht der Macht innerhalb Europas auf: einzelne Mitglieder kämpften

Diskussionsabend
7. November,
Deutsche Botschaft Prag

In Kooperation mit Europe
Calling e.V. und dem Institut für
Internationale Studien (IMS)
der Karls-Universität Prag

um ein höheres Maß an Anerkennung innerhalb der Union während kein Land eine echte Führungsrolle übernehme. Deutschland könne diese erst für sich beanspruchen, wenn auf politische Aussagen auch konkrete Handlungen folgen würden. Gleichzeitig wachse die Rolle der ostmitteleuropäischen Mitgliedsstaaten in Sicherheitsfragen. Diese hätten mit der Aufnahme von und dem Umgang mit ukrainischen Geflüchteten einen „Goldstandard“ gesetzt, der ihr Selbstbewusstsein innerhalb der Union gestärkt habe.

Die deutsche Perspektive auf die neuen Sicherheitsfragen in der EU brachte Lang in die Diskussion ein. Aus dem bisherigen Umgang der Bundesrepublik mit dem Krieg zog er den Schluss, dass es wichtig sei, verschiedene Sicherheitskonzepte innerhalb der EU einzubeziehen, wenn eine Rückkehr zum Paradigma der Absicherung stattfindet. Dabei sei Konsens eine wichtige Ressource. Diesen zu finden, stelle sich jedoch als schwierig heraus, so Lang. Die Herangehensweisen an Sicherheitsfragen innerhalb der EU seien sehr unterschiedlich und ein strategischer Wandel nur schwer herbeizuführen.

Lang verwies darauf, dass diese Entwicklung für Deutschland als Zivilmacht und Handelsstaat die Herausforderung mit sich bringe, eine dauerhafte Akzeptanz für eine Zeitenwende in Bezug auf Sicherheitsfragen in der deutschen Gesellschaft zu schaffen. Eine schrittweise Veränderung der deutschen Ost-Politik wiederum könne durch den Dialog mit den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas vorangetrieben werden. Die Tschechische Republik sah Lang dabei als pragmatische Stimme in europäischen Sicherheitsfragen an, die in einen kritischen aber deshalb auch konstruktiven Dialog mit Deutschland treten könne.

Auf die tschechisch-deutschen Sicherheitsbeziehungen bezog sich schließlich Eberle. Beide Länder seien in gewisser Weise vergleichbar, da sie keine europäischen Extreme wie beispielsweise das zunehmend autoritär regierte Ungarn darstellten. Allerdings kritisierte Eberle die tschechische Debatte über Deutschlands Vorgehen im Umgang mit sicherheitspolitischen Herausforderungen ebenso wie die Selbstmarginalisierung anderer Staaten. Es fehle an der Betonung des Zusammenhaltens. Man würde sich lieber belehren als einen Dialog zu führen. Die Beziehungen zwischen Tschechien und Deutschland bewertete Eberle durch-

aus positiv. Man müsse sich aber den Mehrwert der Zusammenarbeit deutlicher bewusst machen, zum Beispiel auf der Ebene von Sicherheit und Verteidigung.

In der nachfolgenden Diskussion rückte die Wahrnehmung des Kriegs in den Vordergrund. Dabei ging es um die Frage, wie sich die explizite Haltung Tschechiens mit der eher zögerlichen Deutschlands vereinbaren ließe und welche (gemeinsamen) Schritte daraus in Zukunft folgen können.

Jireš vertrat den Standpunkt, dass Stabilität und Sicherheit und damit schließlich auch ein Sieg der Ukraine sich unmittelbar auf das Sicherheitsempfinden der Staaten im Ostmittel- und Osteuropa auswirken würden. Dies stimme auf politischer aber auch zivilgesellschaftlicher Ebene mit der deutschen Wahrnehmung überein, so Kai-Olaf Lang. Jedoch solle man sich gewahr sein, dass ein Sieg der Ukraine in Form der erfolgreichen Überwältigung der russischen Armee zu einer irrationalen Antwort Russlands führen könnte. Das Potential einer (militärischen) Übersprungshandlung Russlands führe dazu, dass Deutschland in Bezug auf Waffenlieferungen, Sicherheitsfragen und andere Verhandlungen entsprechend vorsichtig agiert.

Mit Blick auf die Zukunft kamen die Redner überein, dass es wichtig für die Sicherheit und Zusammenarbeit der EU sei, ein gemeinsames Skript für die Zeit nach dem Krieg zu haben, welches nicht nur eine stabile Ukraine vorsieht sondern auch mit einem ungewissen / neuen Russland umzugehen vermag.

PANEL 2: ENERGIEPOLITIK IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN ÖKOLOGIE UND SICHERHEIT

Im zweiten Panel des Abends standen die Themen Energiepolitik und Energiesicherheit im Mittelpunkt. Zunächst gaben die Teilnehmer einen kurzen Einblick in die aktuelle Lage auf dem tschechischen und europäischen Energiemarkt aus ihrer jeweiligen Perspektive. Tomáš EHLER (Stellvertretender Minister für Industrie und Handel der Tschechischen Republik) fokussierte dabei primär auf die Atomenergie, während Andreas RAU (Net4Gas Prag) und der Autor Christoph PODEWILS auf die Gasversorgung beziehungsweise die erneuerbaren Energien eingingen. Ehler verwies gleich zu Beginn auf die Bedeutung der Atomkraft für die Garantie einer Versorgungssicher-

heit mit Energie. Ein Drittel der Energieproduktion Tschechiens käme aus diesem Sektor, zwölf Prozent aus erneuerbaren Energien. Gas würde lediglich acht Prozent ausmachen. Um den steigenden Gaspreisen begegnen zu können, plädierte er für einen pragmatischen Ansatz. Man müsse alle potenziellen Energiequellen in die Überlegungen einbeziehen und über Regulierungen auf die Preise einwirken.

Rau wiederum wies auf den Stand der Gasversorgung in Europa hin, der besser sei als erwartet. Die Speicher seien zu 95 Prozent gefüllt, was 18 Prozent mehr seien als von der EU-Kommission zu diesem Zeitpunkt als Ziel ausgerufen worden war. Allerdings, so Rau, dürfe man hier nicht gängigen Fehleinschätzungen aufsitzen: Das Gas aus den Speichern sei nur eine Ergänzung zu weiteren Importen und könne keinesfalls den kompletten Bedarf des Winters decken. Auch die Menge an Gas, die aus diesen Speichern abgeschöpft wird, verringere sich im Zeitverlauf. Dennoch sei man für den kommenden Winter gut gerüstet, konstatierte Rau. Kritisch werde es erst 2023/24, wenn noch weniger Gas aus Russland komme.

Die aktuell von Deutschland ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung des Gaspreises und zur Reduzierung der Abhängigkeit von russischem Gas seien nicht kompatibel mit den langfristigen Zielen der Energiewende, gab Podewils zu bedenken. Mit Katar über die Versorgung mit Flüssiggas zu sprechen und in Gasinfrastruktur in Afrika zu investieren, würde nicht dazu beitragen, bis 2030 rund 80 Prozent der Energieversorgung aus den Erneuerbaren zu gewinnen. Andererseits stünde man aktuell auch schon bei 50 Prozent, die primär aus Windenergie stammen. Auch die Tatsache, dass Deutschland einen großen Teil der erzeugten Energie exportiere, dürfe man in diesem Zusammenhang nicht außer Acht lassen.

Im Hinblick auf mögliche Strategien der tschechischen Regierung im Zusammenhang mit der Energiesicherheit, seien laut Ehler kurzfristig zwei Aspekte relevant: Weitere Verträge zur Versorgung mit Flüssiggas sowie eine Reduzierung des Energiekonsums. Es sei wichtig, die Lieferkapazitäten aus Häfen in Belgien, den Niederlanden und Polen zu erhöhen, da Tschechien selbst über keinen Zugang zum Meer verfüge, so der stellvertretende Minister. Podewils verwies auf die deutschen Strategien, mit denen Versorgungssicherheit mit Strom garantiert werden soll. Günstige Gasturbinenkraftwerke

sollten eigentlich die Phasen ausgleichen, in denen Windkraft- und Solaranlagen nicht ausreichend Energie produzieren. Durch den russischen Angriffskrieg falle diese Variante nun weg. Podewils mahnte vor zu schnellen Schlüssen: Man müsse sich immer vor Augen führen, dass ein nicht unerheblicher Teil der durch Gas erzeugten Energie in Deutschland ohnehin exportiert werde.

Auf die Frage, wie deutsch-tschechische Kooperationen im Energiesektor zukünftig aussehen könnten, verwies Ehler erneut auf die Bedeutung der Atomkraft in Tschechien. Beide Länder würden zu Energieimporteuren werden, wobei noch unklar sei, woher die importierte Energie komme. Tschechien wolle den Ausbau von Atomkraft fördern, was aber durch EU-Rahmenbedingungen für Investitionen erschwert werde. Es gebe einen signifikanten Unterschied im Vergleich zu den Erneuerbaren. Er würde sich mehr Pragmatismus und weniger Ideologie wünschen, so Ehler.

Deutlich skeptischer zeigte sich Podewils im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit von Atomkraft. Weltweit würden sich alle Projekte, die mit Atomkraft zu tun haben, verzögern. Zudem würde kaum noch ein Unternehmen in Atomkraft investieren, sodass Projekte nur durch staatliche Unterstützung realisiert werden könnten. Aber auch im Bereich der Erneuerbaren sah Podewils noch viel Nachholbedarf. So gebe es kaum Subventionen für Wind- und Solarparks, Unternehmen müssten sogar noch draufzahlen, um Bau- und Betriebsgenehmigungen zu bekommen.

Was die Zukunft von Gas als Brückentechnologie angehe, sei er trotz des Krieges deutlich optimistischer als seine Kollegen, so Rau. Gas könne mindestens weitere zehn Jahre als eine solche Technologie fungieren. Es sei aber von großer Bedeutung, sich zukünftig nicht mehr so stark von einer Quelle abhängig zu machen.

Botschafter Hans-Peter HINRICHSEN verwies abschließend auf die vielen Gemeinsamkeiten, die sich in der Diskussion gezeigt hätten. Es sei seine Hoffnung, so Hinrichsen, dass man in Zukunft nicht mehr auf nationale Lösungen setzen, sondern gemeinsam Lösungen entwickeln werde.

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet.

Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen:

<https://youtu.be/uDY0dHcqog8>



Gemeinsam für die Zukunft? Tschechien ein Jahr nach den Wahlen und inmitten der EU-Ratspräsidentschaft – eine Bilanz

Bericht: Sebastian Lambertz

Seit dem 1. Juli hat Tschechien den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist dabei das bestimmende Thema. Im Fokus stehen aber nicht nur sicherheitspolitische Fragen. Auch steigende Energiepreise und eine starke Inflation sowie neue Flüchtlingsströme sind direkte

Folgen des Krieges. Bei einer gemeinsamen Podiumsdiskussion der DGO, der Petra-Kelly-Stiftung, dem Adalbert-Stifter-Verein und der VHS Weiden-Neustadt in Weiden in der Oberpfalz sprachen Zuzana Lizcová (Karls-Universität Prag), Volker Weichsel (Zeitschrift Osteuropa) und der bayerische Landtagsabgeordnete Jürgen Mistol (Bündnis 90/Die GRÜNEN) daher über zentrale Fragen der Energie-, Sicherheits- und Migrationspolitik im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft.

Podiumsdiskussion 10. November, Weiden in der Oberpfalz

In Kooperation mit der
Petra-Kelly-Stiftung, dem
Adalbert-Stifter-Verein und
der VHS Weiden-Neustadt

den Ausbau der Kernenergie, berichtete Weichsel zum Einstieg. Gleichzeitig sehe er für diese Technologie keine große Zukunft. Im Rennen um die zukunftsträchtigste Energiequelle seien die Erneuerbaren klar im Vorteil, allein aus Kostengründen.

Angesprochen auf den kürzlich vom tschechischen Ministerpräsidenten Fiala unterzeichneten „Südböhmischen Nuklearpakt“ reagierte Mistol gelassen. So ein Pakt sei schnell unterzeichnet, welche praktischen Implikationen er haben werde, müsse man erst abwarten, so der „Kordinator für die Zusammenarbeit des Bayerischen Landtags mit der Abgeordnetenkommission des Parlaments der Tschechischen Republik“. Dennoch sei das einseitige Vorgehen der tschechischen Seite befremdlich gewesen. Die

ENERGIEPOLITIK ALS STREITTHEMA

Nicht erst seit dem Wegfall von russischem Gas als Brückentechnologie fördere Tschechien aktiv

Verkündung habe im Beisein bayerischer Abgeordneter stattgefunden, die von der Ankündigung überrascht worden seien. Grundsätzlich sah Mistol in der grenzübergreifenden Kommunikation und Zusammenarbeit



Gemeinsam für die Zukunft: Sebastian Lambertz, Zuzana Lizcová, Volker Weichsel, Jürgen Mistol

in Energiefragen noch viel Nachholbedarf. Es gebe kaum gegenseitigen Austausch, obwohl die Voraussetzungen für den Einsatz erneuerbarer Energien in den Grenzregionen durchaus ähnlich seien. Das Argument, die Bedingungen für Wind- und Solarenergie seien in Tschechien schwierig, ließ er nicht gelten. Es gebe Windkraftanlagen in Bayern, die eine ähnliche Produktion hätten, wie vergleichbare Anlagen an der Nordsee.

Lizcová verwies darauf, dass auch die bayerische Seite teilweise ohne Absprache Windkraftanlagen in Grenznähe errichten lasse. Das sei zwar mit dem Bau von Atomreaktoren nicht direkt vergleichbar, zeige aber, dass zu einer problematischen Kommunikation immer zwei Seiten gehören.

SICHERHEITSPOLITIK: EUROPA MUSS MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Die Debatte zu sicherheitspolitischen Fragen drehte sich vor allem um das unterschiedliche Vorgehen der Nachbarländer im Hinblick auf die Waffenlieferun-

gen an die Ukraine. Die Erfahrung von 1968, also die militärische Niederschlagung der Reformbewegung des Prager Frühlings, sei der Grund dafür, dass Tschechien im Gegensatz zu Deutschland dazu bereit sei, schwere Waffen wie Kampfpanzer zu liefern, so Mistol. Lizcová wollte dem nur teilweise zustimmen. Auch die geographische Lage des Landes spiele in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Bei einer Niederlage der Ukraine seien Länder wie Tschechien die nächsten Ziele russischer Aggression. Die Äußerung des russischen Präsidenten Vladimir Putins, er wolle die NATO in die Grenzen von vor 1999, dem Jahr des NATO-Beitritts Tschechiens, Polens und Ungarns, zurückdrängen, müsse man sehr ernst nehmen. Während in Deutschland zudem die Rede davon sei, die Ukraine würde „unsere Werte“ verteidigen, habe sich in Tschechien die Überzeugung entwickelt, die Ukraine kämpfe „für uns“. Das sei ein signifikanter Unterschied.

Einig waren sich die Panelist*innen dahingehend, dass es ein gesamteuropäisches Vorgehen in der Verteidigungspolitik brauche. Die Möglichkeiten für Tschechien,

im Rahmen der Ratspräsidentschaft dabei entscheidende Impulse zu setzen, seien zwar begrenzt, so Lizcová, dennoch sei sie von der aktuellen Europapolitik ihres Landes sehr angetan. Die aktuelle Regierung sei die erste seit Vacláv Havel, die eine ähnliche Philosophie Europa gegenüber vertrete, wie der ehemalige Präsident. Das Motto der Ratspräsidentschaft „Europa als Aufgabe“, das in Anlehnung an eine Rede Havels von 1996 gewählt wurde, würde dies deutlich machen. In einem kurzen Exkurs zum gesamteuropäischen Umgang mit dem russischen Angriffskrieg verwies Weichsel auf eine große Wut auf die deutsche Politik der letzten zehn bis 15 Jahre, insbesondere in Polen und dem Baltikum. Die nur sehr begrenzt funktionierenden Ringtausch-Initiativen würden vor allem in Polen den Eindruck verstärken, man werde von Deutschen „über den Tisch gezogen“. Die Differenzen mit Tschechien seien im Vergleich dazu als relativ gering einzuschätzen, so Weichsel.

ES GIBT KEINEN GRUNDSÄTZLICHEN WANDEL IN DER TSCHECHISCHEN MIGRATIONSPOLITIK

Angesichts des massiven russischen Beschusses kritischer Infrastruktur in der Ukraine und dem damit verbundenen Versuch, Europa durch weitere Flüchtlingsströme zu destabilisieren, ist auch die Migrationspolitik eng mit der Sicherheitspolitik verknüpft. Anders als der aktuelle Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten in Tschechien suggerieren könnte, sei aber kein grundsätzlicher Wandel in der tschechischen Migrationspolitik zu konstatieren, so Lizcová. Zu unterscheiden sei an dieser Stelle zwischen einer weitgehend ablehnenden Haltung dem ukrainischen Staat gegenüber, der in

Tschechien als korrupt angesehen werde, und der Wahrnehmung der Ukrainer*innen selbst. Viele Tschech*innen würden die Hilfe ukrainischer Haushaltshilfen und Handwerker in Anspruch nehmen und dadurch enge Beziehungen zu diesen Personen aufbauen. Grundsätzlich sei die kulturelle Nähe zur Ukraine ein Faktor, der einen anderen Umgang der Bevölkerung im Vergleich zur Flüchtlingskrise von 2015 erklären könnte, ebenso wie die Tatsache, dass es vor allem ukrainische Frauen und Kinder seien, die aktuell nach Tschechien kämen.

Allerdings seien die Gründe für die Ablehnung Tschechiens im Hinblick auf die Aufnahme von Geflüchteten 2015 auch in der Wahrnehmung der EU in Tschechien zu suchen, so Weichsel. Der europäische Verteilungsschlüssel sei als Eingriff in die eigene Souveränität wahrgenommen worden. Der Fehler in diesem Zusammenhang sei bei Angela Merkel zu suchen, entgegenete Lizcová darauf, sie habe damals die Grenzen im Alleingang geöffnet. Mistol widersprach: Die Grenzen seien damals nicht geöffnet, sondern lediglich nicht geschlossen worden. Die Flüchtlinge seien bereits in Ungarn und Italien gewesen und man habe sich dazu entschlossen, ihnen die Einreise nach Deutschland nicht zu verwehren. So habe man nicht nur Italien, sondern sogar auch dem ungarischen Präsidenten Victor Orban, einem vehementen Kritiker der europäischen Migrationspolitik, geholfen, gab Weichsel zu bedenken.

So verschieden die Positionen der Teilnehmer*innen zu den diskutierten Aspekten auch teilweise waren – am Ende war man sich vor allem in einer Sache einig: Es braucht mehr europäische Ansätze, um mit den Problemen der Gegenwart umzugehen.

Ein Jahr nach der Machtübernahme der Taliban: Tektonischer Wandel in Zentralasien?

Bericht: Veronika Haluch, Gabriele Freitag

Im Juli 2022 fand in Taschkent eine Konferenz unter dem Titel „Afghanistan: Sicherheit und ökonomische Entwicklung“ statt. Die zentralasiatischen Staaten signalisierten dabei ihr Interesse an einer pragmatischen Zusammenarbeit mit den Taliban als neuen Machthabern im Nachbarland. Damit grenzen sich die zentralasiatischen Nachbarn von der Haltung der westlichen Staatengemeinschaft gegenüber den Taliban ab.

Auch China plädiert für ein Ende der Sanktionen gegen die neuen Machthaber. Ob Russland angesichts des Kriegs gegen die Ukraine noch über Kapazitäten verfügt, um weiter als Ordnungsmacht in der Region aufzutreten, ist unklar. Die Podiumsdiskussion ging der Frage einer engeren regionalen Kooperation in Zentralasien nach und erörterte, welche externen Akteure sich für eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit anbieten.

DIE TALIBAN ALS NACHBAR

Katja Mielke (Bonn International Centre for Conflict Studies) skizzierte die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Taliban. Afghanistan sei ein zentraler

Knotenpunkt des transnationalen Handels, könne aber aus eigener Kraft keinen nennenswerten wirtschaftlichen Wandel herbeiführen. Dafür fehlten den Taliban die ökonomischen Grundlagen, auf denen sie eigenständig Handel aufbauen könnten. Sie seien daher auf internationale Partner angewiesen, denen sie glaubhaft machen wollten, selbst stabiler Partner zu sein. Wichtigste Voraussetzung für die künftige Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarn sei dabei, dass es den Taliban gelingt, die islamistische Opposition im eigenen Land auszuschalten.

Podiumsdiskussion 22. November, Berlin

In Kooperation mit dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

In der Tat haben andere radikal-islamistische Gruppen Afghanistan nach der Übernahme der Taliban

nicht verlassen, sondern sind als deren Gegner im Land geblieben. Das Abkommen von Doha, welches 2020 als erster Schritt für Verhandlungen zwischen Afghanistan und den USA unterzeichnet wurde, habe die Bedrohung im Inneren nicht unterbinden können. Mielke verwies darauf, dass die Taliban nun beweisen müssten, dass sie den Einfluss dieser Gruppen mindern und die Sicherheit der Grenzen garantieren können.

Beate Eschment (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin) erläuterte die Positionen der einzelnen Staaten Afghanistans gegenüber den Taliban: Die Vielzahl innenpolitischer Herausforderungen Afghanistans spiegele sich in den unterschiedlichen Strategien der Regime Zentralasiens im Umgang mit den Taliban wider. Das von einer neuen Offenheit geprägte post-Karimov Usbekistan unter Präsident Shavkat Mirsiyoyev wolle in der Region eine Führungsrolle einnehmen. Anstatt zu blockieren bemühe sich die usbekische Führung um Annäherung und wolle Afghanistan als Teil Zentralasiens (und der Welt) einbinden. Dabei sei ihr bewusst, dass solch eine Einbindung die Gefahr eines „spill-over“ islamistischer Ideologien aus dem Süden mit sich bringe. Zentral sei der Schutz der eigenen Bevölkerung, die als ethnische Minderheit in Afghanistan lebt ebenso, wie das allgemeine Interesse an Stabilität und Kontrolle der potentiell gefährlichen islamistischen Bewegungen in Afghanistan, konstatierte Eschment.

Tadschikistan bewege sich hingegen auf Konfrontationskurs. Staatsführer Rahmon inszeniere sich als Retter der Tadschiken und scheue sich nicht, die Gefahr der Bedrohung durch die Taliban konsequent nach außen zu kommunizieren. Damit hoffe er, für sein wirtschaftlich zermürbtes Land politische Unterstützung und internationale Finanzierung einzuwerben.

AN ANDEREN FRONTEN: KASACHSTAN ZWISCHEN RUSSLAND UND CHINA

Für Kasachstan wiederum, bemerkte Eschment, seien die Taliban eine geringe Bedrohung. Stattdessen seien es vielmehr China und Russland, deren Einfluss sich in der Region nach dem Fall Kabuls und mit Kriegsbeginn 2022 neu ordne. Das als wirtschaftlich stärkste Land Zentralasiens wahrgenommene Kasachstan befinde sich somit zwischen diesen Fronten. Alexander Libman von der Freien Universität Berlin analysierte die Position des Landes gegenüber den beiden

großen Nachbarn im Norden und Osten folgendermaßen: Kasachstan wende sich mehr und mehr von Russland ab, gleichzeitig zeige sich Präsident Qasym-Jomart Toqayev in seinen Äußerungen gegenüber dem nördlichen Nachbarn diplomatisch – auch wenn die russische Führung inzwischen selbst die nationale Integrität Kasachstans in Frage stellt. China sei, trotz des Konflikts um die Repressionen gegen die muslimischen Uiguren in Xinjiang und sinophober Stimmungen in Kasachstan, an Stabilität in Zentralasien interessiert. Beispielhaft dafür stehe die neue strategische Partnerschaft beider Staaten.

Büßt Russland damit in Zentralasien ein, was China zugutekommt? Laut Libman hätten beide Regime bislang eine Arbeitsaufteilung in der Region verfolgt und größere Konflikte vermieden. Sie teilten das Interesse an stabilen autoritären Regimen in Zentralasien als Partner und wollten dem Westen, oder konkret: den USA, keine Chance einer Intervention geben.

DAS VERHÄLTNISS RUSSLANDS UND CHINAS GEGENÜBER DEN TALIBAN

An der Vielzahl der international geförderten und teils schon Jahrzehnte alten Infrastrukturprojekte in Afghanistan habe Russland laut Libman kein Interesse, vielmehr an sicheren, schnellen Routen von Ost nach West. Auch für China spielten die in Zentralasien angesiedelten Projekte keine Schlüsselrolle. Das eigene Projekt, die „One Belt One Road Initiative“, werde indes vorsichtig neu gedacht. Daher sei China im Hinblick auf konkrete Investitionen in Afghanistan eher zurückhaltend. Es bestehe zwar Interesse an den in Afghanistan in großen Mengen vorhandenen Rohstoffen und Bodenschätzen, mangelnde Infrastruktur habe deren Abbau bisher jedoch verhindert. Eine Veränderung dieser Umstände stehe bisher nicht in Aussicht.

Der ehemals „starke Partner“ Russland, so Libman, sei in seiner wirtschaftlichen Bedeutung in Zentralasien schon lange von China überholt worden. Die Grundlage des gemeinsamen Handels sei die Eurasische Wirtschaftsunion. Diese befinde sich in einem paradoxen Schlafmodus. Als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sei der international sanktionierte Partner Russland für Kasachstan und Kirgisistan wenig interessant für eine nachhaltige wirtschaftliche Zusammenarbeit. Abhängig vom Ausgang des Kriegs entstünden so verschiedene Zukunftsszenarien für die

Wirtschaftsgemeinschaft. So könne die Eurasische Wirtschaftsunion als neue Zahlungsunion oder Industriunion auftreten oder sie bleibe bestehen als marktliberaler Verbund, dafür geschaffen, Sanktionen zu umgehen.

Nach dem Fall von Kabul baue Putin auf die informelle Kommunikation mit den Taliban, die in Russland als Terrororganisation eingestuft sind. Allerdings, so Mielke, sei dies keine gewinnbringende Situation für Afghanistan, da Russland als unbeständiger Partner gilt, der keine ernsthaften Strategien der Zusammenarbeit plant. Ein weiterer Akteur in der Region seien die USA. Der Konflikt zwischen Russland und den Vereinigten Staaten ist nach Einschätzung Mielkes nicht nur in Bezug auf Afghanistan relevant, sondern beeinflusst auch das „Interesse“ der beiden Länder an Zentralasien.

DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE TALIBAN

In der Diskussion mit dem Publikum rückte vor allem die Lage der Menschenrechte in Afghanistan in den Vordergrund. Diese seien entscheidend für die künftigen Beziehungen der Europäischen Union zu Afghanistan. Mielke vertrat dabei einen pragmatischen Standpunkt: Die Politisierung der Frauenrechte betrachtete sie als ein Beispiel dafür, wie problematisch es sei, rote Linien für die Zusammenarbeit zu erklären. Mit einem Drahtseilakt zwischen regimefernen und bevölkerungsnahen Positionen habe die EU bisher nur wenig Einfluss zeigen können. Deutschland übe eher sanften Druck auf die Taliban aus. Einen wirksamen Hebel, um die Lage der Zivilgesellschaft oder Wirtschaft nachhaltig zu verbessern, habe Deutschland aber auch nicht.

Aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Russland und Belarus

Bericht: Volker Weichsel, Sebastian Lambertz

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wirkt sich auch auf Russland selbst sowie seinen Verbündeten Belarus aus. Die Regime gehen hart gegen jene vor, die Kritik am Kurs der Präsidenten Putin und Lukaschenka äußern, der Verlust qualifizierter Arbeitskräfte, die vor Repressionen und Mobilmachung fliehen, stellt die Wirtschaft der beiden Länder vor enorme Herausforderungen. Die Online-Diskussionsreihe „Aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Russland und Belarus“, die die DGO gemeinsam mit dem Science-at-risk-Office des Akademischen Netzwerks Osteuropa (akno e.V.) veranstaltet hat, widmete sich daher den Entwicklungen in diesen Ländern aus unterschiedlichen Perspektiven.

INNENPOLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN IN RUSSLAND

Mit der Spaltung zwischen unterschiedlichen Machtgruppen in Moskau sowie zwischen dem Zentrum und den

Regionen befassten sich bei der Auftaktveranstaltung der Historiker und ehemalige Duma-Abgeordnete Vladimir Ryžkov sowie der Politikwissenschaftler Aleksandr Kynev. Aus Russlands als „Spezialoperation“ geplanter Angriff auf die Ukraine ist ein umfassender Landkrieg geworden. Russland hat auf das Scheitern seiner

Truppen am Boden mit Luftterror gegen die ukrainische Zivilbevölkerung reagiert.

In Russland selbst hätten nach der Mobilmachung im September 2022 die inneren Konflikte zugenommen. Ryžkov und Kynev waren sich aber einig, dass die Spannungen innerhalb der russländischen Machtelite noch nicht den Keim für einen Zerfall des Regimes von innen heraus bilden. Kynev betonte insbesondere, dass es für etwaige Hoffnungen auf ein Ende des Kriegs durch Widerstand

gegen Moskau aus den Regionen Russlands keinerlei Basis gebe. Der Versuch, Parallelen zur Vorgeschichte des Zerfalls der Sowjetunion zu suchen, führe in die Irre. Auch Ryžkov erachtete eine innere Eskalation macht-

Diskussionsreihe

20. Oktober, 3., 17. und 29. November 2022 sowie 19. Januar 2023, Online

In Kooperation mit dem Science-at-risk-Office des Akademischen Netzwerks Osteuropa (akno e.V.)

politischer Konflikte als wenig wahrscheinlich. Keine der rivalisierenden Gruppen, seien es die Vertreter der zivilen Ministerien und Behörden, die für das Funktionieren der Volkswirtschaft sorgen, oder die Spitzen konkurrierender Gewaltapparate, könne sich gegen die anderen Segmente des Herrschaftsapparats durchsetzen oder eine durchsetzungsfähige Koalition schmieden, die zu einer Ablösung des Präsidenten in der Lage wäre.

Kynev vertrat die Position, dass die restriktive Visapolitik der Europäischen Union und insbesondere einiger ost-mittleuropäischer Staaten jene Menschen in Russland in die Arme des Regimes treibe, die dessen Kriegspolitik grundsätzlich ablehnten, jedoch wegen der Verfolgung jeglicher oppositioneller Äußerung zu keinem offenen Protest mehr in der Lage seien. Ryžkov widersprach dem nicht, wies aber darauf hin, dass es nicht angebracht sei, sich Hoffnungen auf eine Veränderung der Politik des Kreml durch Förderung eines Exodus aus Russland zu machen. Konsens herrschte darüber, dass, unabhängig vom Ausgang, der von der russischen Führung zu verantwortende Krieg nicht nur für die Ukraine, sondern auch für Russland katastrophale Folgen hat.

BELARUS: POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT IN DER SCHWEBE

Belarus wird in den Medien aktuell zumeist nur als Co-Aggressor im russischen Angriffskrieg thematisiert. Um auch andere Perspektiven zu berücksichtigen, befasste sich die zweite Veranstaltung der Diskussionsreihe daher mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Belarus. Artyom Shraibman (Carnegie Endowment for International Peace) benannte dabei drei wichtige Entwicklungen: Die Militarisierung des öffentlichen Lebens und Repressionen gegen alles, was das russische Narrativ infrage stellt, die Entstehung weiterer scheindemokratischer Institutionen sowie das Fehlen echter politischer Auseinandersetzungen, da große Teile der Opposition im Ausland seien oder gewaltsam unterdrückt würden.

Hinzu käme die schlimmste Rezession seit den neunziger Jahren, so Lev Lvovskiy vom Thinktank BEROC. Zwar könne der Ausfall der Einnahmen aus der EU und der Ukraine aktuell noch von Russland kompensiert werden, aber auch die russische Wirtschaft stagniere zunehmend. Einige Branchen könnten die Sanktionen ausgleichen, andere aber

nicht. So habe Belarus unter anderem den Status als IT-Nation verloren, da Investitionen in diesem Bereich durch die Sanktionen erschwert wurden und viele Arbeitskräfte das Land verlassen haben.

Die massenhafte Ausreise spalte auch die Zivilgesellschaft zunehmend, so Natallia Rabava (Forschungszentrum SYMPA), hinzu komme die Einflussnahme des Regimes auf zivilgesellschaftliche Institutionen. So könnten Umwelt- und soziale Organisationen momentan nur arbeiten, wenn sie Loyalität zum Regime demonstrieren. Shraibman verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass totalitäre Praktiken immer stärker zunehmen. Wer sich negativ über Lukaschenka oder das Regime äußere, müsse damit rechnen, inhaftiert zu werden.

Auf lange Sicht, so Lvovskiy, sei der Verlauf des Krieges der entscheidende Faktor auch für die Entwicklung in Belarus. Durch die Verflechtung mit der russischen Wirtschaft hätte eine russische Niederlage weitreichende Folgen für das Land. Shraibman sah das größte Problem darin, dass Lukaschenka Belarus zum Aufmarschgebiet für russische Truppen gemacht habe. Dadurch habe er an Souveränität eingebüßt und das Land noch stärker von Russland abhängig gemacht.

SOZIALWISSENSCHAFTEN UNTER AUTORITÄREN BEDINGUNGEN – RUSSLAND IM FOKUS

Die dritte Veranstaltung beschäftigte sich mit der Frage, wie sozialwissenschaftliche Forschung unter den in Russland herrschenden autoritären Bedingungen noch möglich ist. Felix Krawatzek vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) verwies darauf, dass die Möglichkeiten, in und über Russland zu forschen, lange sehr gut gewesen seien. Alle modernen Forschungsmethoden konnten angewendet werden und auch von russischer Seite gab es große Bemühungen um bilaterale Kooperationen mit westlichen Partnern. Der 24. Februar sei daher für beide Seiten eine große Zäsur gewesen.

Die Soziologin Anna Sanina betonte vor allem den Verlust der Zusammenarbeit mit Kolleg*innen aus Europa, der auch langfristige Projekte betrifft. Zudem habe man nun keinen Zugriff mehr auch viele technische Instrumente wie Datenbanken oder Videokonferenz-Tools. Die untersuchten Themen hätten sich hingegen für Sozialwissenschaftler*innen in Russland weniger

verändert. Westliche Kolleg*innen, so Krawatzek, die der eingeschränkte Zugang zum Feld betreffe, müssten ihre Themen hingegen anpassen. Man konzentriere sich nun vermehrt auf das russischsprachige Ausland. Wichtig sei es, das Feld nicht denjenigen zu überlassen, die eher meinungsstark unterwegs seien.

Mit thematischen und anderen Einschränkungen sei er schon vor dem 24. Februar 2022 konfrontiert gewesen, so Lev Gudkov, Direktor des Moskauer Levada-Zentrums. Die Sozialwissenschaften stünden schon länger unter politischer Kontrolle, seit Februar erlebe man nun den Höhepunkt einer Entwicklung, die bereits über 20 Jahre andauere. Zur Frage der Validität der in Meinungsumfragen erhobenen Daten bemerkte Gudkov, dass er kaum Verzerrungen feststellen könne. Angesichts der zunehmenden Zensur hätten sich die Menschen aber sowjetische Reaktionen angeeignet und würden versuchen, in ihren Antworten Loyalität zum Regime zu demonstrieren. Vor allem Beamt*innen und ältere Frauen aus der Provinz legten Wert darauf, als loyal angesehen zu werden. Die Jugend wiederum sei indifferent und ziehe sich zurück. Sanina äußerte in diesem Zusammenhang die Hoffnung, dass die vorliegenden Daten, die Realität nicht vollständig abbildeten. Da es aber die einzigen zur Verfügung stehenden Daten seien, sollte man diese auch nutzen.

RUSSISCHE UND BELARUSISCHE AUSSENPOLITIK IM LICHT DES KRIEGES GEGEN DIE UKRAINE

Die Frage, wie sich die Außenpolitik Russlands und Belarus' seit Kriegsbeginn verändert hat, stand im Mittelpunkt der vierten Diskussionsrunde. Die Politikwissenschaftlerin Irina Busygina vertrat dabei die These, dass Russland gezwungen sei, seine Außenpolitik im Hinblick auf den postsowjetischen Raum weiterzuführen. Der Widerspruch zwischen dem Anspruch, regional Einfluss zu nehmen und dem imperialen Bestreben des Landes würde sonst offenkundig werden. Dies wiederum würde die Stabilität des Regimes gefährden. Sergey Utkin, Experte für internationale Beziehungen, fügte hinzu, dass Russland durch sein aggressives Vorgehen in seiner Nachbarschaft ganz bewusst versuche, den eigenen Aufstieg durch die Zerstörung der bestehenden Ordnung zu festigen. Für Belarus sei wiederum die Innenpolitik der entscheidende Faktor für die Stabilität des Regimes, so Pavel Slunkin vom European Council on Foreign Relations. Mit den

zunehmenden Repressionen sollen kritische Stimmen unterdrückt werden. Damit wende sich Lukaschenka aber auch immer mehr gegen die eigene Gesellschaft. Die Opposition, so Slunkin, könne daher die Lage in Belarus kaum beeinflussen. Man müsse zudem bedenken, dass der Begriff eher für demokratische Systeme zutrefte, in einer Diktatur wie Belarus hätten entsprechende Gruppen keine Möglichkeit, Zugang zu politischen Instrumenten zu erhalten. Auch die russische Opposition spiele aktuelle keine Rolle, so Busygina. Utkin verglich die Opposition gar mit einem „Güterwagen, der bergab fährt und den niemand aufhalten kann“.

Angesprochen auf potenzielle Zukunftsszenarien für die beiden Staaten verwiesen alle Teilnehmer*innen darauf, dass eine langwierige Entwicklung zu erwarten sei. Politische Veränderungen seien die Grundlage für Veränderungen in anderen Bereichen und diese würden, wenn überhaupt, nur auf lange Sicht stattfinden. Eine Entwicklung, die Russland an die EU und die NATO annähern würde, sei erst recht nicht zu erwarten. Der Westen brauche Geduld.

RUSSLAND UND BELARUS – VOLKSWIRTSCHAFTEN UNTER DRUCK

Die abschließende Diskussion der Veranstaltungsreihe stellte die wirtschaftliche Situation in Russland und Belarus in den Mittelpunkt und fragte unter anderem nach den Auswirkungen westlicher Sanktionen. Natal'ja Zubarevič, Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeographie aus Moskau, konstatierte gleich zu Beginn, dass sich alle Expert*innen mit ihren Einschätzungen geirrt hätten. Der erwartete starke Rückgang der Wirtschaftsleistung in Russland und Belarus sei ausgeblieben. Die Sanktionen würden aber dennoch Wirkung zeigen.

Janis Kluge (Stiftung Wissenschaft und Politik) verwies in diesem Zusammenhang auf den eingeführten Preisdeckel für russisches Öl. Dieser würde zwar keine existenzielle Krise in Russland auslösen, langfristig aber Druck auf die Wirtschaft ausüben. Generell sei Russland schwer zu sanktionieren: Viele Länder würden weiterhin Handel mit Russland treiben und die im Zuge der globalen Rohstoffknappheit steigenden Preise würden dem Regime entgegenkommen.

Im Hinblick auf Belarus, so Robert Kirchner von Berlin Economics, müsse man bedenken, dass das Land

bereits nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 unter anderem von der EU sanktioniert worden sei. Gemeinsam mit den Sanktionen, die im Zuge des russischen Angriffskrieges verhängt wurden, werde das Land deutlich stärker getroffen als Russland. Die enge Verflechtung der beiden Volkswirtschaften würde dabei eine große Rolle spielen. Kirchner verwies vor allem auf die Tatsache, dass viele Unternehmen aus der IT-Branche das Land verlassen würden. Die Branche habe lange hohe Exporterlöse erwirtschaftet, die aktuelle Entwicklung fördere nun ein „langames Dahinsiechen der Wirtschaft“.

Perspektivisch verwiesen die Teilnehmer*innen immer wieder darauf, dass nicht die wirtschaftlichen Probleme Russlands im russischen Angriffskrieg ausschlaggebend seien. Die Sanktionen seien zu unspezifisch und Russland in der Lage, durch eigene Prioritätensetzung gegenzusteuern. Frühestens in zwei oder drei Jahren sei mit einer Währungs- oder ähnlich einschneidenden Entwicklungen zu rechnen. Wichtig sei vor allem die militärische Situation in der Ukraine. Kluge brachte es zum Abschluss auf den Punkt: Waffenlieferungen an die Ukraine seien wichtiger als wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland.

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
W dgo-online.org

Redaktion und Satz: Dr. Sebastian Lambertz
Satz: Marta Warmińska
Redaktionsschluss: 20. Januar 2023

Fotos auf den Seiten: 2, 9, 13, 31, 32 – ©Ole Witt; 25 – ©Yasmin Abbas; 26 – ©EEGA; 38 – ©Jonas Jarass.

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

